Dienstag, 29. Mai.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]
Redaktion: Königstraße 1–3. Sprechstunde 10–11 Uhr Vorm.
Expedition: Königstraße 34. [illegible]
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: [illegible]
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 203, Expedition Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Mittags-Ausgabe. 85. Jahrgang.

1906. — Nr. 264.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Expedition Mk. 3,60; [illegible] Mk. 3,90.
Zweimonatlich: In Münster bei der Expedition Mk. 2,00; [illegible] Mk. 2,34.
Einmonatlich: In Münster Mk. 1,00; [illegible] Mk. 1,17.
Einzelnummer: Zu haben in der Expedition, an den Schalterstellen [illegible] 1 Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 34, [illegible] Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Die Reichstagssession 1905/06.

Mit ein paar Gewaltsitzungen von ungewöhnlicher Länge hat der Reichstag die Session 1905/06 beendet, oder vielmehr bis zur Vertagung geführt, die bis zum 13. November d. J. dauern soll. Die deutsche Volksvertretung hat damit einen außerordentlich bedeutsamen Tagungsabschnitt hinter sich, bedeutsam nach den verschiedensten Richtungen hin.

Diätengesetz, Reichsfinanzreform, Militärpensionsgesetze und Flottengesetz sind die 4 Stationen, die den Weg kennzeichnen, welche der Reichstag zurückgelegt hat. Diese 4 Gesetze stehen untereinander in einem gewissen Zusammenhang. Die Reichsfinanzreform mit den neuen Steuergesetzen bildete die Grundlage für die Bewilligung des Flottengesetzes und die Militärpensionsgesetze, da sie die Deckungsfrage für diese Gesetze erledigte. Ohne diese Erledigung wäre die Bewilligung der Militärpensionsgesetze und des Flottengesetzes schwerlich erfolgt. Das Zustandekommen der Reichsfinanzreform aber und der neuen Steuergesetze hing nicht zuletzt von dem Nachgeben des Bundesrates in der Diätenfrage ab, da ohne dieses Nachgeben kaum auf ein beschlußfähiges Haus zu rechnen gewesen wäre.

Das Diätengesetz geht in seiner Bedeutung weit über seinen eigentlichen Inhalt hinaus. Es bedeutet gewissermaßen einen Friedensschluß zwischen den Verbündeten Regierungen und der Volksvertretung, die nahezu 40 Jahre lang vergeblich Diäten verlangt hatte. Es bedeutet weiterhin unter den obwaltenden Umständen eine Willenskundgebung der Verbündeten Regierungen, die wichtigen gesetzgeberischen Aktionen in einmütigem Zusammenwirken mit dem Parlament vorzunehmen. Diese Verständigung war allerdings in Anbetracht der großen Aufgaben, die dem Reichstage gestellt waren, unerläßlich. Es zeigte sich das namentlich bei der Reichsfinanzreform und den Steuergesetzen, die erst nach außerordentlich langwierigen Auseinandersetzungen unter Dach und Fach gebracht werden konnten.

Die Etatsberatung, welche in diesem Jahre nicht rechtzeitig zu Ende geführt werden konnte, so daß ein Notgesetz notwendig wurde, führte vor allem zu ausgedehnten kolonialpolitischen Debatten, in welchen mit unserer Kolonialverwaltung scharf ins Gericht gegangen wurde. Angesichts der geradezu horrenden Ausgaben, welche unsere Kolonien in den letzten Jahren erfordert haben, war das durchaus gerechtfertigt. Auch die auswärtige Politik gab zu ausgedehnten Debatten Anlaß, wobei die Marokkoaffäre mit dem, was drum und dran hing, die Hauptrolle spielte. Leider wurde der Reichskanzler Fürst Bülow durch seine plötzliche Erkrankung verhindert, in gewohntem Maße sich an diesen Erörterungen zu beteiligen.

An sozialpolitischen Ergebnissen war der verflossene Tagungsabschnitt auffallend arm. Außer Debatten über soziale Fragen hat der Reichstag diesmal in dieser Hinsicht so gut wie nichts aufzuweisen, da das angekündigte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sowohl, wie die Krankenkassengesetzreform nicht mehr an den Reichstag gebracht werden konnte, und die vorliegenden Initiativanträge sozialpolitischen Charakters mit fast allen anderen Initiativanträgen unerledigt bleiben mußten. Dagegen boten aber handelspolitische Fragen mehrfach Stoff und Gelegenheit zu eingehenden Debatten. Vor allem war das der Fall bei den Vorlagen betreffend das Handelsprovisorium mit England und mit den Vereinigten Staaten. Auch der Handelsvertrag mit Schweden gab zuguterletzt noch Anlaß zu schärferen Diskussionen; der Vertrag selbst gelangte am vorletzten Sitzungstage zur Annahme.

Unter den verhandelten Initiativanträgen ragte der Toleranzantrag des Zentrums als der bedeutsamste hervor. Wenn es auch nicht gelang, ihn vollständig zur Erledigung zu bringen, so hat seine Beratung doch dem Zentrum einen unleugbaren moralischen Erfolg eingetragen, da sie zeigte, daß das Zentrum es mit der Toleranz ehrlicher meint, als alle anderen Parteien. Das Schicksal der meisten Initiativanträge teilten übrigens auch die Petitionen, von welchen so gut wie gar keine zur Verhandlung gelangten.

Hoffentlich wird es in Zukunft unter dem Zeichen der Diäten auch damit anders und besser. Ueberhaupt kann man nur den Wunsch hegen, daß der Reichstag an seinem Teile dazu beiträgt, das gesunkene Niveau unseres Parlamentarismus zu heben. Mit Diäten allein ist das nicht zu bewerkstelligen; es gehört dazu auch eine gewisse Selbstzucht der Volksvertretung, die sich vor allem in der Verhütung überflüssiger Reden zeigen muß.

Reichstags-Verhandlungen.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 28. Mai.

Der letzte Tag der diesjährigen Tagung des Reichstags gestaltete sich zu einer äußerst dramatischen Verhandlung. Bekanntlich war durch die Ablehnung des Kolonialstaatssekretariats im Etat am Samstag ein Vacuum eingetreten insofern, als das Kolonialamt völlig in der Luft schwebte, da nach Ablehnung des Staatssekretariats eine Vorlage der Regierung betr. das Kolonialamt nicht vorlag. Um diese Lücke auszufüllen, haben am Sonntag Verhandlungen zwischen Regierung und Vertretern der Parteien stattgefunden. Diese sind aber daran gescheitert, daß die Rechte und die Nationalliberalen, weil das Staatssekretariat abgelehnt worden war, von einem Unterstaatssekretariat nichts wissen wollten. So blieb dem Zentrum nichts anderes übrig, als einen Antrag einzubringen, wonach das bisherige Kolonialamt wieder eingerichtet werden soll. Die Rechte und die Nationalliberalen erklärten, sich der Abstimmung über den Antrag des Zentrums zu enthalten und die Sozialdemokraten lehnten den Antrag des Zentrums infolge ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den Kolonialfragen ab. So konnte es scheinen, als ob das Kolonialamt nicht bewilligt werden würde und somit die Beamten des Kolonialamts ihres Postens verlustig seien. Graf Posadowsky machte auf die Folgen eines derartigen Beschlusses aufmerksam. Seine Befürchtung aber war unbegründet, denn bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums mit größerer Majorität angenommen. Da die Rechte vor der Abstimmung den Saal nicht verließ, sondern sich nur der Abstimmung enthielt, konnte man ersehen, daß sie das Reichskolonialamt faktisch nicht zu Fall bringen wollten. Sie mochten vielmehr die Ueberzeugung gehabt haben, daß auch ohne sie der Antrag des Zentrums angenommen würde. Eine verblüffende Wirkung hatte es, als der Abg. Dr. Semler durch die Ausführungen des Abg. Dr. Spahn in die Enge getrieben, die Mitteilung machte, daß der Erbprinz zu Hohenlohe mit Umgehung des Reichskanzlers in direkte Beziehung zu dem Kaiser getreten sei um das Zugeständnis zu erwirken, daß, falls der Reichstag den Bahnbau Kubub-Keetmanshoop bewilligen werde, 5000 Mann der Schutztruppen zurückgezogen werden sollten. Wir verweisen hierfür auf unseren Leitartikel.

115. Sitzung vom 28. Mai.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt beim

Kolonialamt,

dessen erster Titel: Staatssekretär, am Samstag abgelehnt ist.

Es liegt ein Antrag Groeber (Z.) vor, auf Wiederherstellung der Kolonialabteilung in der bisherigen Form, also mit einem Direktor an der Spitze.

Abg. **Bassermann** (ntl.): Wir haben für die Errichtung des Kolonialamts gestimmt, weil nur ein selbständiger Leiter eines solchen Amts uns geeignet erscheint, sich nach allen Seiten Geltung zu verschaffen und den vorhandenen Mißständen in der Kolonialverwaltung abzuhelfen. Wir halten nach wie vor die derzeitige Organisation der Kolonialverwaltung für unzureichend. Wir werden deshalb den Antrag Groeber ablehnen. (Beifall bei den National.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Halten Sie sich doch gegenwärtig, m. H., daß, wenn Sie jetzt unserem Antrag zustimmen, Sie damit ermöglichen, daß den etatsmäßig angestellten Beamten der Kolonialverwaltung das Gehalt fortgezahlt wird. (Hört, hört!) Schon aus diesem Grunde müßten Sie doch unserem Antrag zustimmen. Ob der Beschluß am Samstag richtig oder falsch war, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls müssen wir aber jenem Beschluß Rechnung tragen. Ein neuer Antrag auf Bewilligung des Staatssekretariats kann jedenfalls nicht gestellt werden und auch in der nächsten Tagung nicht. (Widerspruch.) Wenn etwas uns gezeigt hat, um welche Verantwortung es sich hierbei für den Reichstag handelt, so sind es die Ausführungen, die am Samstag der Abg. Semler und der Oberst Deimling gemacht haben. (Beifall links.) Das hat uns gezeigt, wie not es tut, die Beratung der Kolonien der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu unterstellen. (Sehr richtig im Z. und l.) Aus der Erklärung des Obersten v. Deimling ergibt sich, daß auch der oberste Kriegsherr über die Abmachungen, die unzweifelhaft über die Zurückziehung von 5000 Mann vorliegen, unterrichtet gewesen sein muß. (Hört, hört!) Ich bin erstaunt, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers sich diesen Abmachungen gegenüber, von denen er jedenfalls unterrichtet war, stillschweigend verhalten hat. Der Kern der Abmachung ist der, daß die 5000 Mann zurückgezogen werden sollten, wenn der Reichstag in den Bau der Bahn willigte. (Lebh. Zustimmung im Zentr.) Der Samstag war ein dies nefastus für die Kolonialverwaltung, und der Leiter des Kolonialamts wird sich selbst sagen, daß es nicht gut getan war, einer Abmachung seine Zustimmung zu geben, die im letzten Grunde einen Handel mit Gut und Blut darstellt. (Lebh. Beifall im Z. und links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Es hat kein Handel gemacht werden sollen. Oberst Deimling ist lediglich der Ansicht gewesen, daß gerade durch den Bau der Bahn Ersparnisse gemacht werden könnten. Die Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß ein selbständiges Kolonialamt eine absolute Notwendigkeit ist. Im Gegensatz zum Abg. Spahn meine ich, daß auch, wenn das Haus vertagt wird, die Regierung durchaus berechtigt ist, in dem nächsten Etat diese Forderungen von neuem zu stellen. (Beifall rechts und bei den Nationallib.)

Abg. **v. Richthofen** (k.) erklärt, seine Partei werde sich der Abstimmung über den Antrag Groeber enthalten.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.) erklärt, seine Freunde würden dem Antrag Groeber zustimmen.

Abg. **v. Liebermann** (Rp.) ist gegen den Antrag Groeber und widerspricht der Auffassung des Abg. Spahn, daß es nicht statthaft sei, einen neuen Antrag auf Schaffung eines selbständigen Kolonialamts zu stellen. (Beifall rechts.)

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.) erklärt, seine Freunde würden sich der Stimme enthalten.

Abg. **Schrader** (fr. Vgg.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag Groeber stimmen.

Abg. **Dr. Semler** (ntl.): Ich habe seinerzeit den Erbprinzen Hohenlohe gefragt, ob es denn nicht möglich sei, wenigstens 5000 Mann zurückzuziehen. Ich erhielt zur Antwort, daß eine bestimmte Antwort nicht möglich sei. Am anderen Tage hat mir der Prinz aber mitgeteilt, er habe mit dem obersten Kriegsherrn gesprochen und dieser habe gemeint, wenn die Bahn bewilligt sei, könnten sofort 5000 Mann zurückgezogen werden. Das ist doch kein Handel. Sollte es übrigens, was ich nicht glaube, verfassungsmäßig unmöglich sein, einen neuen Antrag auf Schaffung des Kolonialamts zu stellen, dann gibt es ja immer noch die Mittel, das Haus zu schließen. Betreffend des Antrags Gröber werden wir uns der Stimme enthalten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Frage des Bahnbaues steht insofern allerdings mit der Zurückziehung der Truppen in engstem Zusammenhang, als durch den Bahnbau die letztere ermöglicht würde. Im weiteren sucht Redner den Oberst von Deimling wegen des angeschlagenen scharfen Tones zu entschuldigen. Oberst von Deimling sei Soldat, nicht Politiker. (Beifall rechts.)

Die Abgg. **Haußmann** (südd Vp.) und **Zimmermann** sind für den Antrag Groeber.

Abg. **Gröber** (Z.): Herr Semler hat vorhin alles bestätigt, was ich am Samstag gesagt habe. (Sehr richtig.) Wie er erzählt, hat ja der oberste Kriegsherr erklärt, wenn die Bahn gebaut wird, werden sofort Truppen zurückgezogen. Die Konservativen wollen sich jetzt der Stimme enthalten. Wären die Konservativen am Samstag in größerer Zahl hier gewesen, dann wären sie heute nicht in dieser Lage. Durch die Ablehnung unseres Antrags würde ja die Weiterführung der Kolonialverwaltung überhaupt unmöglich gemacht. (Beifall i. Zentrum.)

Abg. **Singer** (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie sei gegen den Antrag Groeber.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich kann die Annahme nicht fortbestehen lassen, daß von irgend einer Seite eine Erklärung abgegeben sein soll, daß, wenn die Bahn bewilligt werden würde, sofort 5000 Mann zurückgezogen werden. Das ist schon deshalb unausführbar, weil die Truppen auf eine ungeheure Entfernung verteilt und eine Masse marodes Leute darunter sind. Man hat mir entgegengehalten, man hätte den Oberst v. Deimling nicht zu einer politischen Mission im Reichstage verwenden sollen. Man hat ihn zum Kommissar bestellt, weil er als Sachverständiger, als ein Mann, der die Verhältnisse an Ort und Stelle kennt, Auskunft geben sollte über die militärischen Bedürfnisse in Südwestafrika und die Notwendigkeit des Bahnbaus. Wir haben geglaubt, daß diese Frage keine politische, sondern eine lediglich sachliche, militärtechnische ist. (Sehr wahr!) Der Reichskanzler und die Verbündeten Regierungen — seien Sie doch davon überzeugt — wünschen mit dem hohen Hause gemeinschaftlich die Geschäfte des Hauses in Frieden, Offenheit und Loyalität und nach den strengsten Grundsätzen der Verfassung zu erledigen! Aber hier stehen wir doch an einem sehr kritischen Punkte. Wie die Abstimmung ausfallen wird, darüber kann ja kein Zweifel sein, und ich verzichte auf jede Bemühung, die Stimmung zu ändern; aber das darf nicht passieren, daß schließlich kein Beschluß zustande kommt und der ganze Kolonialetat in der Luft bleibt, und daß der Rechtsanspruch der Beamten auf Gehaltzahlung nicht befriedigt werden kann. Das darf nicht passieren der Regierung wegen, des Reichstags wegen und unseres Ansehens in der Welt wegen. (Beifall.)

Es wird abgestimmt.

Zur Frage steht der Direktor der Kolonialabteilung mit dem bisherigen Gehalt von 20 000 Mark. Die namentliche Abstimmung ergibt die Anwesenheit von 272 Abgeordneten. Davon stimmen 117 (Zentrum, Freisinnige und Rechtsantisemiten) mit ja, 64 (Sozialdemokraten) mit nein, 91 enthalten sich der Abstimmung. Damit ist die Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt in ihrer bisherigen Verfassung wiederhergestellt.

Bei dem

Etat für Ostafrika

stellt Abg. **Arendt** (Rp.) einige Behauptungen aus der zweiten Beratung in der Peters-Affäre richtig.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Württembergischen Ministerialdirektor **v. Schneider**, welcher feststellt, daß die Verleihung eines Ordens an den Gouverneur v. Puttkamer schon vor der Besprechung des Kolonialetats erfolgt sei, und dem

Abg. **Erzberger** (Zentr.), welcher nachweist, daß die Publikation der Verleihung erst nach der Beratung des Etats erfolgt sei, wird der Etat bewilligt.

Bei dem Etat für

Südwestafrika

wird eine Resolution Albrecht (Soz.), wonach den Eingeborenen ein ausreichender Grundbesitz zugesichert werden soll, angenommen.

Ferner wird eine Resolution Müller-Fulda (Zentr.), welche einen Nachweis über die Verwendung der bisher bewilligten Ansiedlerunterstützungen verlangt, angenommen.

Der Rest des Etats wird debattelos angenommen, desgleichen das Etatsgesetz.

Es folgt die Abstimmung über die zurückgestellten Resolutionen zum Etat des Reichsjustizamts.

Die Resolution **Ablaß** (fr. Vp.) (Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf Preßvergehen), eine Resolution **Graf Hompesch** (Z.) (Erleichterung und Verbilligung des Wechselprozeßverfahrens), weiter eine Resolution **Graf Hompesch** (Z.) (Gewährung von Reisekostenentschädigung und Vergütung für Zeitversäumnis an Geschworene und Schöffen), sowie eine Resolution **Haußmann** (südd. Vp.) (Gewährung einer angemessenen Entschädigung für Zeitversäumnis an Geschworene und Schöffen) werden angenommen.

Nach den üblichen Dankreden verliest Staatssekretär Graf **Posadowsky** die kaiserliche Kabinettsorder, wonach das Haus auf den 13. November vertagt wird.

Das Haus schließt mit einem Hoch auf den Kaiser.

Schluß 5½ Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

(Nachdruck verboten.)

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 28. Mai.

Im Abgeordnetenhause fiel am Montag die Entscheidung über das wichtigste der Gesetze, die das Haus in dieser Session beschäftigt haben, das Volksschulunterhaltungsgesetz. Wie vorauszusehen war, hatten nach der zweiten Lesung Besprechungen zwischen den Kompromißparteien stattgefunden, die sich zu einem längeren Antrag zu dem § 40 betreffend die Lehrerernennung verdichteten. Der Ansturm der Freisinnigen gegen den Entwurf, die vielfach bei der heutigen dritten Lesung in der General- und Spezialdiskussion das Wort ergriffen und damit wiederholt unmutsvolles Murren des Hauses hervorriefen, blieb erfolglos. Auch das Zentrum hatte eingesehen, daß bei den Parteiverhältnissen des Hauses eine Aenderung des Entwurfs in seinem Sinne nicht herbeizuführen war, und ließ deshalb durch den Abg. Porsch die Erklärung abgeben, daß es sich der Abstimmung enthalten werde. Der Minister fand am Schluß besonders warme Worte des Dankes für das Zustandekommen des Gesetzes an die Kompromißparteien und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich an den ferneren Arbeiten zur Verbesserung der Volksschulverhältnisse auch die jetzt noch fernstehenden Parteien beteiligen möchten. — Das Aeußere des Hauses zeigte dieselbe Physiognomie wie in den letzten Tagen, und auch die Tribünen waren nicht gefüllter wie sonst.

74. Sitzung vom 28. Mai.

Eröffnung 10¼ Uhr.

Ueber den Anfang ist bereits telegraphisch berichtet.

Es folgt die dritte Beratung des

Volksschulunterhaltungsgesetzes.

Abg. Frhr. v. **Heydebrand** (k.): Der uns eingebrachte Antrag zu § 40 scheint mir die geeignete Basis, auf der das Gesetz gesichert ist. Entwürfe, wie den vorliegenden, in eine Form zu bringen, die alle befriedigt, ist unmöglich. Ich bitte zu bedenken, daß das Gesetz neue Lasten schafft und daß wir versucht haben, einen Maßstab für eine gerechte Verteilung der Lasten zu finden. Wenn man das Ziel will, muß man auch die entsprechenden Opfer bringen. Die Rechte der Gemeinden haben vielfach eine Erweiterung erfahren. Um des Friedens willen, den wir mit allen Mitteln aufrecht erhalten wollen, sind wir damit einverstanden, daß die konfessionellen Bestimmungen nur in der Beschränkung des Entwurfs Aufnahme finden. Von unserem Standpunkte aus ist das Gesetz kein vorzügliches, aber ein erträgliches. Es ist gerecht und läßt dem Fortschritt Raum. (Lebh. Beifall bei den Kompromißparteien.)

Inzwischen ist der Kompromißantrag Heydebrand (k.), Zedlitz (fk.) und Friedberg (nl.) eingegangen. Der Antrag figuriert nach der für die 3. Lesung vorgenommenen Paragraphierung der Vorlage als § 58 (früher § 40). Der Antrag regelt das Anstellungsrecht der Lehrer und Rektoren und gibt den Bestimmungen im Gegensatz zu dem abgelehnten nationalliberalen Antrag zu § 40 ausdrücklich den Charakter des Provisoriums, da sie nur bis zum Erlaß eines allgemeinen Be-

Die Buchhalterin

8) Roman von Max Kretzer.

(Nachdruck verboten.)

„Manchmal ist das Familientradition, Herr Töpfer," warf Lucie, allmählich rot geworden, ein. Sie fühlte sich bereits derartig gekränkt, daß ihr selbst die schlimmste Wendung dieser Unterhaltung gleichgültig gewesen wäre.

„Nun wissen Sie es, Papa Lutter, was für eine Macht die unmittelbare Nähe einer Uniform ausübt," fuhr Alex mit kaltem Hohne fort, innerlich erfreut darüber, sie endlich herausgefordert zu haben. Er sah sich aber sofort enttäuscht, als sie anscheinend sehr gelassen einfiel:

„Ich wüßte nicht, was eine Uniform noch so ungemein Blendendes für mich haben sollte. Ich bin schon zu sehr daran gewöhnt."

„Das kann ich mir denken," erwiderte er zweideutig. Aergerlich darüber, diesem Punkte gegenüber ebenso unwissend zu sein, wie zuvor, und zu stolz, eine direkte Frage zu stellen, wandte er sich ab und schritt um den kleinen Tisch herum. Plötzlich sagte er laut zu Hoff:

„Nun, Sie starren ja Fräulein so an, als hätten Sie etwas Wunderbares an ihr entdeckt. Das Gespräch über die Uniform hat wohl alle Erinnerungen in Ihnen erweckt, wie? Sie könnten eigentlich auch singen: Behüt' Dich Gott, es wär' so schön gewesen, behüt' Dich Gott, es hat nicht sollen sein."

„Ich habe allerdings etwas Wunderbares an Fräulein von Werner entdeckt, Herr Töpfer," hatte der schöne Julius den Mut zu erwidern, während er den Oberkörper straff reckte und sich in Positur setzte, als gäbe es endlich den Kampf, auf den er schon längst gewartet hatte, „und das ist die seltene Eigenschaft, Ihre ironischen Pfeile mit würdevoller Duldung an sich abprallen zu lassen. Das imponiert mir außerordentlich."

Im ersten Augenblick war Töpfer so verblüfft, daß er nicht wußte, was er sagen sollte. Dann brauste er auf, indem er den Volontär von unten bis oben fixierte:

„Herr Hoff!"

„Herr Töpfer!"

Beide blickten sich einige Augenblicke fest an, wie zwei Gegner, deren Zorn aus denselben Empfindungen hervorlodert, die sich aber scheuen, dieselben laut werden zu lassen.

Schon im nächsten Augenblick aber hatte Alex sich beherrscht; und ganz der Mann, in den seltensten Fällen außer Fassung zu geraten, lachte er nun leicht auf und versuchte dieses Benehmen Hoffs von der komischen Seite zu betrachten. Und so sagte er denn mit seiner gewöhnlichen Ruhe:

„Bekümmern Sie sich künftig nicht darum, was außerhalb Ihres Reiches hier am Ofen vorgeht. Ich halte Fräulein von Werner für viel zu klug, als daß ich ihr die Geschmacklosigkeit zutrauen sollte, sich Ritter in Ihrem Alter zu wünschen. Im übrigen seien Sie mir zu Dank verpflichtet, daß ich Ihre Worte nicht gehört haben will."

Hoff war entwaffnet. Er fühlte sich aber noch kleiner, als Töpfer dicht an das Pult trat und neugierig fragte: „Was machen Sie denn da? Sie bereiten sich wohl zum Professor der Kalligraphie vor? Rundschrift schreiben Sie auch . . . und so wunderschön! Ei, sehen Sie mal! Das habe ich ja noch gar nicht gewußt . . . dann könnten wir ja Ihr Talent verwerten."

Bevor der Volontär es verhindern konnte, hatte Alex ein Blatt Papier vom Pult genommen, und trat nun damit wieder auf Theophil zu.

„Was meinen Sie dazu, Herr Lutter? Hübsch geschrieben, nicht wahr? Und immer derselbe Name: Lucie, Lucie, und nochmals Lucie! Hundertmal Lucie! Beneidenswertes Geschöpf diese Lucie — selbst während des prosaischen Daseins im Kontor von unserm vortrefflichen Hoff im Kopfe behalten zu werden! Und wahrhaftig — hier ist selbst der Anfang zu einem Verse. Wenn das Homer noch erlebt hätte, er hätte ohne Zweifel die Leier an die Wand gehängt und sich pensionieren lassen."

Sein Hohn klang vernichtend. Am meisten empfand ihn Hoff, der völlig rot im Gesicht, nicht aufzublicken wagte und vergeblich nach Worten suchte, um sich seine peinliche Lage zu erleichtern. Und als Töpfer seine Verfassung bemerkte, empfand er plötzlich Mitleid mit ihm und kam ihm entgegen, indem er fragte:

„Wohl eine Verwandte von Ihnen, die ominöse Dame?"

Der schöne Julius griff sofort diesen Gedanken auf und fiel ein: „Jawohl, eine Cousine."

„So. Dann meine besten Empfehlungen dem Fräulein Cousine, gleichzeitig mit der Bitte, ihrem Cousin zu empfehlen, seine poetische Ader gefälligst zu Hause zu öffnen . . . Ich bin nun einmal so egoistisch, zu verlangen, daß die Stunden im Geschäfte mir gehören."

Nach diesen Worten gab er Hoff das Blatt wieder zurück und ging in die andern Räume.

Im Kontor wurde kein Wort gewechselt, selbst dann auch nicht, als man sich versichert hatte, daß Töpfers Nähe für die nächste halbe Stunde nicht zu befürchten sei. Die einzigen außergewöhnlichen Worte kamen von Lutter her, der mit leiser Stimme Hoff wohlmeinende Vorstellungen über dessen Verhalten gegen den Chef machte. Sonst schwieg er sich gleich den übrigen aus, im Innern überzeugt davon, daß Töpfer seiner Buchhalterin nicht mehr die Eingenommenheit entgegenbringe wie früher.

Während des ganzen übrigen Teiles des Tages wagten Lucie und Hoff sich nicht anzusehen; er kämpfte mit einer fortwährenden Verlegenheit in der natürlichen Voraussetzung, daß sie den Verfasser der überschwenglichen Gedichte nun kenne, und sie besaß Zartsinn genug, ihn das nicht fühlen zu lassen.

Und auch während der nächsten Tage vermieden sie es durch die leiseste Andeutung ihre Empfindungen darüber zu verraten. Beide begegneten sich höflich, aber doch mit jenem Zwange, der eine gegenseitige Verstimmung voraussehen läßt. So gab sich denn Lucie der allgemeinen Hoffnung hin, er werde allmählig abgekühlt werden — ohne jedoch zu ahnen, daß er seine Leidenschaft nur mit Gewalt unterdrückte, um sie womöglich eines Tages um so stärker emporlodern zu lassen.

Schon am dritten Tage hatte Alex als scharfer Beobachter, dem nichts entging, was seine eigenen Empfindungen berührte, diese Umwandlung bemerkt. Und die Kälte Luciens gegen Hoff erfüllte ihn umsomehr mit Genugtuung, als er sich gestehen mußte, selbst dazu beigetragen zu haben.

Er war sogar so sehr befriedigt davon, daß er ihr eine Belohnung zudachte, deren Uebergabe er in eine derartige Form kleidete, daß sein innerer Beweggrund durchaus nicht auffallen konnte.

Es war am andern Abend, kurz vor Geschäftsschluß, als er plötzlich einen Karton vor Lucie auf das Pult stellte, den Deckel abnahm, einen braunledernen, sehr schön gearbeiteten Schmuckkasten herausnahm, ihn Lucien vor Augen hielt und völlig im Geschäftston sagte:

„Ich hatte eigentlich Ihre Gehaltserhöhung als Weihnachten betrachtet, Fräulein, aber ein kleines Geschenk hatte ich Ihnen doch noch zugedacht. Sie hätten es bereits am Heiligabend bekommen, aber die Kasten waren vergriffen. Heute ist erst ein neuer Posten fertig geworden. Wenn Sie es also nicht verschmähen, dann bitte . . ."

Sie war so überrascht, daß sie nicht gleich die richtige Antwort fand. Dann aber gab ihr die Gewißheit, daß er sie vor allen Augen auszeichnete, sofort die alte gute Meinung über ihn wieder, und so fühlte sie denn nicht die geringste Veranlassung, das Geschenk abzulehnen.

„Danke herzlichst, Herr Töpfer. Das habe ich wirklich nicht erwartet . . . ich bin ja erst so kurze Zeit hier", sagte sie endlich freudig erregt, und reichte ihm die Hand, die er auffallenderweise diesmal nicht so stark drückte, wie früher, und zwar um deswegen nicht, um ihr jeden Verdacht, er könnte andere Zwecke dabei verfolgen, zu nehmen.

„Bitte sehr, es geschieht ganz gern", erwiderte er gleichgiltig wie zuvor. „Betrachten Sie das nur als eine kleine Aufmerksamkeit aus Geschäftsrücksichten. Wir haben im Januar Inventur, da gibt es sehr viel zu tun . . . Es wird sogar manchmal sehr spät gearbeitet. Das werden Sie sich schon gefallen lassen müssen."

„O, das tut nichts, Herr Töpfer. Sie können ganz über meine Kräfte verfügen. In diesem Falle würde ich mich sogar freuen, zu zeigen, was ich leisten kann."

„Hübsch von Ihnen, Fräulein. Ich hatte das erwartet. Guten Abend."

Ohne ihr ins Gesicht zu blicken, ging er in sein Kabinett. Kaum hatte sich aber die Tür hinter ihm geschlossen, als Hoff, von Eifersucht geplagt, hervorstieß:

„Nun fehlen nur noch die Perlen und Diamanten, Fräulein von Werner. Vielleicht hat man die Keckheit sich auch bald zu dieser Höhe zu versteigen. Wenn man Alex ist, bleibt man nicht auf halbem Wege stehen."

Lucie, die den Kasten mit wahrhaft kindlicher Freude betrachtete, blickte betroffen auf. Sofort verschwand ihr Lächeln, und ohne im Augenblick an die Möglichkeit einer derartigen Voraussetzung zu denken, rief sie empört nach der andern Seite:

„Auf der Stelle bitten Sie um Verzeihung, Herr Hoff, oder ich rufe Herrn Töpfer. Schon die Zumutung, die Sie mir stellen, ist beleidigend für mich."

Ihre Augen flammten, noch niemals hatte sie eine ähnliche gebieterische Miene gezeigt, in der alles für den Ernst ihrer augenblicklichen Stimmung sprach.

Theophil, erschreckt, verließ seinen Platz und trat zwischen beide, indem er sich völlig rat- und hilflos zeigte. Im Kassenzimmer wurde ein Stuhl gerückt, und gleich darauf hörte man das Quietschen der hölzernen Gittertür. Bevor der Kassierer aber sichtbar wurde, war Hoff bereits von seinem Schemel gestiegen und auf Lucie zugetreten.

Bleich im Gesicht, mit bebenden Lippen, aber doch mit der gewandten Manier eines Menschen, der seine gute Erziehung selbst dann nicht verleugnet, wenn es sich um eine schwere gesellschaftliche Verfündigung handelt, sagte er leise mit einer tadellosen Verbeugung:

„Bitte vielmals um Verzeihung, Fräulein, wenn Sie meine Worte falsch aufgefaßt haben sollten, was der Fall zu sein scheint. Es ist mir nicht im Traume eingefallen, Ihnen persönlich irgendwie zu nahe zu treten. Was meine törichte Vermutung betrifft, so bitte ich aber doch um die Erlaubnis, dieselbe nach wie vor als mein Gedankeneigentum betrachten zu dürfen. Und Gedanken sind ja bekanntlich zollfrei . . . . Ich habe die Ehre."

Er verbeugte sich nochmals mit derselben gewählten Haltung, als befände er sich auf dem Parkett eines Salons, und trat wieder an sein Pult, um dasselbe in Ordnung zu bringen.

Soldan stand im Rahmen der Tür. Die Feder hinter dem Ohr, beide Hände in den Taschen seines Jacketts, musterte er die elegante Erscheinung des Volontärs vom Kopf bis zu den Füßen und sagte dann in einem harten Tone, wie er ihn in den seltensten Fällen anzuschlagen pflege:

„Ich sehe schon, Sie werden es noch mit mir zu tun bekommen, wenn das so weiter geht, ja das werden Sie!"

Lucie, die schon längst gemerkt hatte, daß auch von dieser Seite das kollegiale Gefühl für Hoff nach und nach in eine feindselige Stimmung ausgeartet war, brach sofort mit freundlicher Miene allen Erörterungen die Spitze ab:

„Alles schon erledigt, Herr Soldan, es war nur ein Mißverständnis."

(Fortsetzung folgt.)

legt über die Lehreranstellung Anwendung finden soll. Es wird bestimmt, daß der Staat das Ernennungsrecht für die Rektoren hat, daß aber die Gemeinden, die bisher das Recht der Rektorenberufung hatten, dieses auch in Zukunft haben sollen. Neu ist die Bestimmung, die den Landlehrern die Rektorenkarriere [illegible] soll.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Die Verteilung der Volksschullasten muß als eine gerecht [illegible] bezeichnet werden, weil sie vor allem eine Entlastung der wenig leistungsfähigen Schulverbände mit sich bringt. Ich gebe auch ohne weiteres zu, daß die Gemeinderechte eine Erweiterung erfahren haben. Wir sind der Ansicht, daß durch den Kompromißantrag eine glückliche Lösung gefunden ist. Wir dürfen die Hoffnung hegen, daß das Gesetz in weitesten Kreisen der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen werden wird. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fr.) schließt sich den Vorrednern in seinen Ausführungen an und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Zusammenwirken der 3 Parteien auch auf anderen Gebieten gute Früchte tragen werde. (Beifall b. d. frk.)

Abg. Dr. **Porsch** (Z.): Unsere Bedenken richten sich zunächst gegen die Ausschließung mehrerer Provinzen von diesem Gesetz. Unsere schwersten Bedenken richten sich gegen den § 20. Wir legen den Art. 24 der Verfassung dahin aus, daß die konfessionelle Schule die Regel sein soll, die Simultanschule dagegen eine Ausnahme. Die Interessen der konfessionellen Minderheiten scheinen uns nicht genügend berücksichtigt. Wir verkennen die mannigfachen Vorzüge der Vorlage nicht, wegen der großen Mängel können wir jedoch bei der endgültigen Verabschiedung der Vorlage nicht positiv mitwirken. Wir werden uns deshalb der Schlußabstimmung enthalten, indem wir gleichzeitig die Hoffnung aussprechen, daß die Verhandlungen des Herrenhauses die Vorlage uns annehmbarer werden. (Beifall i. Z.)

Abg. **Cassel** (frs. Vp.): Wir sind der Meinung, daß durch die Art der Zusammenlegung der Schulverbände die Autonomie der Gemeinden beeinträchtigt ist und zwar ohne genügenden Grund. Wir bedauern, daß nicht durch die Einführung des verwaltungsgerichtlichen Streitverfahrens den Gemeinden genügende Kautelen zur Wahrung ihrer Interessen gegeben sind. Was uns zur Ablehnung des ganzen Gesetzes veranlaßt, ist die gesetzliche Festlegung der Konfessionsschule. Die Degradierung der Simultanschule können wir nicht mitmachen. Dem Kompromißantrag können wir nicht zustimmen.

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole) erklärt, seine Freunde würden gegen die Vorlage stimmen.

Darauf schließt die Generaldiskussion.

Die §§ 1–8 werden debattelos angenommen.

§ 9 wird mit einem Antrag Winkler (k.), welcher eine redaktionelle Aenderung vornimmt, angenommen.

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird debattelos angenommen.

Zu § 29 spricht

Abg. **Winkler** (k.) die Erwartung aus, daß die Interessen der Schulen mit voller Parität wahrgenommen werden, daß ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Schul- und kirchlichen Instanzen stattfinden möge. (Beifall rechts.)

Abg. **Graw** (Z.) spricht die Hoffnung aus, daß durch den Ausgleichsfonds der Gemeinden und durch die zu erwartende Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes auch die Lehrer schadlos gehalten werden.

Zu § 40 liegt ein Antrag Marx (Z.) vor, der den 2. Satz des Abs. 2 redaktionell abändert.

Abg. **Marx** (Z.) bittet, diesem Antrage zuzustimmen.

Der § 40 wird mit dem Antrag Marx angenommen.

Die §§ 41–57 werden angenommen.

Zu § 58 liegt der erwähnte Kompromißantrag vor.

Abg. **Irmer** (k.) tritt für den Antrag ein.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff**: Es besteht jetzt die Möglichkeit, den Landlehrern eine weitere Karriere zu eröffnen.

Abg. **Ziesché** (Z.) führt aus, daß die Präparandenlehrer einer Aufbesserung dringend bedürften.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff** erklärt, an die Frage der Aufbesserung der Präparandenlehrer solle später gegangen werden.

Abg. **Geißler** (Z.) vertritt die Ansicht, daß die Präparandenlehrer sehr wohl zu den Rektorstellen qualifiziert sind.

Der § 58 (früherer § 40) wird nach dem Kompromißantrag angenommen.

Zu § 66 bemerkt

Abg. **Dr. Porsch** (Z.) er halte es nicht für richtig, daß Posen und Westpreußen von dem Gesetz ausgenommen seien.

Der Paragraph wird angenommen, ebenfalls der Rest des Gesetzes.

Darauf wird das Gesetz im ganzen angenommen.

Kultusminister **Studt** gibt seiner Freude Ausdruck, daß es gelungen sei, das Gesetz zustande zu bringen. Er hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo auch diejenigen Kreise, die dem jetzigen Werke noch fernständen, an dem weiteren Ausbau der Unterrichtsverwaltung in gemeinsamer Tätigkeit mitwirken würden. (Beifall bei den Kompromißparteien.)

Dienstag 11 Uhr: Kleine Vorlagen; Interpellation der Konservativen betr. Eingriff des Reichs in die Rechte der Einzelstaaten.

Schluß 4½ Uhr.

Herrenhaus.

17. Sitzung vom 28. Mai.

Eröffnung 12¼ Uhr. Eine Petition um anderweite Regelung der Diensteinkommensverhältnisse der Volksschullehrer der Rheinprovinz wird als Material überwiesen.

Die Petition des Magistrats zu Höchst um Einrichtung eines Vororteverkehrs für die preußischen Großstädte nach dem Berliner Muster wird, nachdem ein Regierungskommissar erklärt hat, die Regierung könne der Frage grundsätzlich im allgemeinen nicht näher treten, der Regierung als Material überwiesen.

Die Denkschrift über die Ausführung der bestehenden Gesetze betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter sowie der Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Mittel zu demselben Zwecke werden gemeinsam beraten.

Der Gesetzentwurf wird angenommen und die Denkschrift durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die Beratung der

Hercynia-Vorlage.

Oberbergrat Dr. **Wachler** bedauert, daß der Staat der Hercynia-Gesellschaft zu sehr entgegengekommen sei.

Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. die Verunstaltung der Straßen und Plätze wird nach unwesentlicher Debatte in der Fassung der Kommission angenommen.

Die Denkschrift über die Ausführung des Ostmarkengesetzes wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Der Gesetzentwurf betr. Aenderung des hannoverschen Gesetzes über die Zusammenlegung der Grundstücke wird unter Streichung des Artikel 2 angenommen.

Bei der Beratung über die Petition des nassauischen Städtetags um Aufhebung der Bestimmungen des preußischen Gesetzes betr. die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes bemerkt Minister **v. Podbielski**, daß sich die vor mehreren Monaten gegen die deutsche Landwirtschaft gerichteten Angriffe jetzt als völlig unbegründet herausgestellt hätten. Die preußischen Schweine seien jetzt schon 12 Mk. billiger als die russischen und österreichischen Schweine. Er habe die feste Ueberzeugung, daß Preußen in einigen Wochen wieder ein vieheexportierendes Land sei.

Dienstag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 28. Mai.

Hof- und Personalnachrichten.

Der **Kaiser** hat, wie nachträglich bekannt wird, auch dem Infanterie-Regiment Hamburg einen Zypressenzweig vom 76er-Denkmal bei Colombey zugehen lassen.

Der **Kaiser** traf um 10½ Uhr von Danzig wieder in Berlin ein.

Wie verlautet, beabsichtigt **Prinz Eitel Friedrich** im oldenburgischen Fürstentum Lübeck einen Landsitz zu erwerben. Es sollen bereits Kaufverhandlungen schweben mit den Besitzern von Haus Gronenberg und Hof Gronenberg bei Eutin. Der Besitz liegt in der Nähe der Ostsee zwischen Haffkrug und Scharbeutz.

Der Bundesrat versammelte sich heute nachmittag zu einer Plenarsitzung.

Das Militärpensionsgesetz tritt in Kraft am 1. Juli dieses Jahres. Allen, die nach dem 1. April 1906 verabschiedet sind, sowie den Feldzugsteilnehmern werden vom 1. Juli 1906 nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes Pensionsbezüge gewährt. Nachträgliche Zahlungen für irgendwelche rückliegende Zeit finden unter keinen Umständen statt.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein soll, nach Berichten österreichischer Blätter, zu Sofia die Bulgaren in einem Trinkspruche die „Japaner des nahen Ostens“ genannt haben. Später wurde die Meldung dahin berichtigt, der Herzog habe gesagt, die bulgarische Armee habe überraschend schnelle Fortschritte gemacht, die man mit den Fortschritten der japanischen Armee vergleichen könne. Nun berichtet die „Voss. Ztg.“:

„Der russenfreundliche ‚Den‘ teilt mit besonderem Eifer die angeblich authentische Information mit, der Aufenthalt des Herzogs Günther in Bulgarien sei durch ein kategorisches Abberufungs-Telegramm des Deutschen Kaisers abgekürzt worden, da manche Aeußerungen des Herzogs durch den Umweg über Konstantinopel in Berlin Anstoß erregt hatten.“

Vielleicht teilt die offiziöse Presse mit, ob etwas Wahres an diesen Meldungen ist.

Parlamentarische Spritztouren. Zu der Mitteilung der „Rhein.-Westf. Ztg.“, daß die parlamentarischen Spritztouren in Zukunft auf eine „formelle Einladung“ vom Reichskanzler hin stattfinden sollen, wobei in Wirklichkeit aber die Wörmannlinie die Kosten tragen würde, macht die „Fr. D. Pr.“ nachstehende Bemerkungen, die der Berechtigung nicht entbehren:

„Also nur die ‚formelle‘ Einladung! Das heißt: man mutet dem obersten Beamten des Reiches zu, von einer Privatgesellschaft, die vermöge der ihr gewährten Reichssubvention in engsten Beziehungen zu der Reichsgesetzgebung steht, Trinkgelder anzunehmen. Das Andere ja noch schöner! Wir betrachten es ohne Frage als sicher, daß Fürst Bülow derartigen Beeinflussungen von Seiten der Wörmann-Linie durchaus unzugänglich sein wird, und wenn er schon ein Freund parlamentarischer Besichtigungsfahrten nach den Kolonien ist, erwarten wir, daß die Billetts auf Heller und Pfennig ohne Beanspruchung von ‚Vorzugs-Preisen‘ aus der Reichskasse bezahlt werden. Allerdings würde der Reichstag die erforderlichen Mittel nur unter der Voraussetzung bewilligen, daß von Seiten der Verbündeten Regierungen die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher Studienfahrten einwandsfrei nachgewiesen würde. Noch bei Beratung des Diätengesetzes hat die Regierung gegen die unbeschränkte freie Fahrt der Abgeordneten auf den deutschen Bahnen sich mit der Begründung erklärt, daß es nicht Sache des Parlaments, sondern der Exekutive sei, Erhebungen zu veranstalten. Die Regierung will es also, wie hieraus hervorgeht, nach Möglichkeit verhindern, daß sich die Abgeordneten über die Verhältnisse in Deutschland aus eigener Anschauung informieren. Wie sie demgegenüber nun Informationsreisen auf Staatskosten nach Afrika motivieren könnte, darauf wären wir sehr gespannt.“

Städtisches.

(Nachdruck der mit Originalzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk.“ gestattet.)

Münster, 29. Mai.

Verband der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz der Provinz Westfalen. Wie schon im „Westf. Merkur“ angekündigt, haben sich die Sanitätskolonnen der Provinz Westfalen nach Beschluß der am letzten Sonntag in Hagen i. W. abgehaltenen Delegiertenversammlung zu einem Verband unter dem oben erwähnten Namen vereinigt. Der Verband hat den Zweck, das Sanitätskolonnenwesen der Provinz durch Zusammenkünfte (Kolonnentage), bei denen größere Uebungen stattfinden, zu fördern. Der Vorstand hat seinen Sitz in Münster. Der Vorstand besteht aus dem Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege als dem Ehrenvorsitzenden und 15 Mitgliedern sowie 15 Stellvertretern. Unter den Vorstandsmitgliedern und ebenso unter den Stellvertretern sollen mindestens 5 Aerzte und ein Mitglied des Präsidiums des Westfälischen Kriegerverbandes sein. Der erste Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Regierungsrat Clüsing Vorsitzender, Geh. Med.-Rat Dr. Krummacher stellvertretender Vorsitzender, Regierungssekretär Jungkermann Schriftführer, Landesrentmeister Rumpff Kassenführer, Major a. D. Müller und Geh. Med.-Rat Dr. Brümmer, sämtliche in Münster i. W., sowie die Med.-Räte Dr. Helming in Ahaus, Dr. Hensgen in Siegen, Dr. Nünninghoff in Bielefeld, Sanitäts-Rat Dr. Falkenberg in Gelsenkirchen, Bergwerksdirektor Pieler in Wattenscheid, Fabrikbesitzer Herbers in Iserlohn, Oberpostassistent Scholtholt in Coesfeld, Lehrer Marks in Dortmund, Fabrikant Blumenthal in Herford. Stellvertreter sind: Fabrikant Menn in Helberhausen bei Hilgenbach, prakt. Arzt Dr. Kehler in Wanne, Königlicher Steuersekretär Koch in Paderborn, Lehrer Schlichthahn in Letmathe, Postinspektor Ott in Dortmund, Kreisarzt Dr. Dörenberg in Soest, die prakt. Aerzte Dr. Borchmeyer in Herten, Dr. Hundbieder in Hohenlimburg, Dr. Schlüter in Minden und Dr. Maiweg in Langendreer, Bürgermeister Schaefer in Herne, Kommerzienrat E. W. Turck in Lüdenscheid, Kaufmann Heinrich Knoth in Gronau, Direktor Tull in Hörde und Werkmeister Lippold in Bielefeld. Dem Verbande gehören 87 Sanitätskolonnen an und zwar 52 Krieger-Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz mit 1651 Mitgliedern und 35 freiwillige Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz mit 1069 Mitgliedern, zusammen 2720 Mitglieder. Am meisten ist das Sanitätskolonnenwesen im Regierungsbezirk Münster entwickelt. Als Ort für die nächstjährige Tagung wurde Dortmund gewählt.

§ Pressetelegramme. Anläßlich der Hochzeit des Königs von Spanien werden auf Wunsch der spanischen Telegraphenverwaltung von jetzt ab bis einschl. 15. Juni Pressetelegramme nach Spanien zu ermäßigter Taxe zugelassen. Die Pressetelegramme dürfen nur Nachrichten enthalten, die in den Zeitungen veröffentlicht werden sollen, sie müssen an Zeitungen oder Zeitschriften gerichtet und in offener deutscher oder spanischer Sprache abgefaßt sein. Vor der Adresse müssen derartige Telegramme die gebührenpflichtige Angabe „Presse“ tragen. Zur Beförderung werden diese Pressetelegramme nur in der Zeit von 6 Uhr abends bis 9 Uhr morgens angenommen. Die Worttaxe auf dem Wege über Emden-Vigo oder über Frankreich beträgt 10 Pfg.

Provinzielle Nachrichten.

△ **Haltern,** 27. Mai. Die Gelsenkirchener Wasserwerksgesellschaft, welche zwecks Anlage eines neuen großen Wasserwerks zur Versorgung des westfälischen Industriegebietes hier vor Jahresfrist bedeutende Grundankäufe vorgenommen hat, beginnt jetzt mit den Ausführungsarbeiten, die etwa 2 Jahre in Anspruch nehmen werden. Die Erdarbeiten, die sich zunächst auf die Anlage von Brunnen zu beiden Seiten der Stever und des Mühlenbachs erstrecken, werden von der Tiefbaufirma von Hoff in Bremen ausgeführt. Augenblicklich schafft man für 800–1000 Mann Unterkunftsräume. Die hier schon eingetroffenen und demnächst zu erwartenden Arbeiter stammen zumeist aus Oberitalien.

* **Altenbeken,** 28. Mai. Im großen Tunnel sind die Arbeiten zur Herstellung eines neuen Gewölbes an der Bruchstelle fertig gestellt bis auf einen ungefähr 4 Meter breiten Schlußring. Es muß jetzt bis zum 15. Juni, zu welchem Termine der bergmännische Ausbau fertig sein soll, am Gewölbe noch Verschiedenes erneuert werden. Nachdem am 20. Juni der bergmännische Ausbau vollendet ist, wird mit der Erneuerung der Widerlager des Gewölbes begonnen, welche Arbeit am 15. Juli beendet sein soll. Hierauf wird ein neuer Bahnoberbau hergestellt, und am 1. August hofft man den Verkehr wieder eröffnen zu können. Die noch an der Unfallstelle befindliche Maschine wird erst nach Fertigstellung der Gewölbe und Entfernung des Schuttes herausgeholt werden. Zur besseren Ventilation wird bei Nische 62 zu dem neu hergestellten Parallelstollen von der Höhe des Berges ein Luftschacht getrieben, die Verbindung ist durch ein Bohrloch bereits hergestellt.

* **Essen,** 28. Mai. Zu dem bereits in Nr. 262 des „Westf. Merk.“ gemeldeten Tode des Oberbürgermeisters Zweigert schreibt die „Köln. Volksztg.“ u. a. wie folgt: Einer der hervorragendsten Verwaltungsbeamten des Westens ist mit Oberbürgermeister Zweigert aus dem Leben geschieden. Er hatte am 1. April d. J. aus Gesundheitsrücksichten sein Abschiedsgesuch an die Stadtverwaltung eingereicht. Der kranke Oberbürgermeister hat von der Pension, die ihm in Form des vollen Gehalts zugebilligt worden war, keinen Genuß gehabt. Er ist nicht mehr fähig gewesen, die Dienstgeschäfte seit seinem Entlassungsgesuch wahrzunehmen. Ein hoffnungslos kranker, in arbeitsreicher Tätigkeit aufgebrauchter Mann, ist er in wochen-, monatelangem Siechtum langsam dahingewelkt, bis nunmehr der Tod dem unheilbaren Leiden ein Ende gemacht hat. „Ich spreche den Wunsch aus, daß die Stadt Essen, der ich 20 Jahre meines Lebens hindurch meine besten Kräfte gewidmet habe, sich auch fürderhin gedeihlich entwickeln möge.“ So schloß der Oberbürgermeister sein Pensionierungsgesuch. Als Zweigert im Jahre 1886 sein Amt antrat, zählte Essen 65 000 Einwohner, und heute hat sich die Stadt zu einer Zentrale der rheinisch-westfälischen Industrie, zu einer Stadt von mehr als 230 000 Seelen entwickelt. Zwar haben die Verhältnisse den rapiden Aufschwung ungemein erleichtert; aber Zweigerts weitschauender Blick und schaffende Hand sind es gewesen, welche die Verhältnisse erfolgreich und gewinnbringend auszunutzen verstanden. Das Erste, womit Oberbürgermeister Zweigert in Essen sein Wirken begann, war die Umgestaltung der Finanzpolitik. Auch Zweigerts Bodenpolitik stand im schärfsten Gegensatz zu der früheren. Während man in früheren Jahren den Grund und Boden massenweise verkaufte, hat die Stadt in den beiden letzten Jahrzehnten auf geschickte Art Grund und Boden wieder anzukaufen begonnen. Das gewaltige Kruppsche Werk mit seinen 38 000 Arbeitern hat in Essen eigenartige Zustände geschaffen. Einen eigentlichen Mittelstand besitzt die Kanonenstadt nicht. Oberbürgermeister Zweigert setzte alles daran, um diese Lücke so gut wie möglich auszufüllen, durch Heranziehen von Behörden. Essen erhielt im Laufe der Jahre das Kohlensyndikat, die Eisenbahndirektion, das Kanalbureau, den Sitz des Ruhrtalsperrenvereins und der Emschergenossenschaft. Zweigerts beide letzten große Werke waren die Eingemeindungen der Bürgermeistereien Altendorf und Rüttenscheid, die er erst nach heißem Kampfe durchsetzte. Im übrigen hatte Oberbürgermeister Zweigert der Regierung gegenüber einen steifen Nacken. Rücksichtslos ging er bei allen seinen Plänen vor, unbekümmert darum, wie man oben oder unten darüber urteilte. Und dann seine Wirksamkeit auf sozialpolitischem Gebiete! In ehrlicher Ueberzeugung und in der besten Absicht suchte er bei wirtschaftlichen Kämpfen vermittelnd einzugreifen. Wir erinnern nur an den Bauarbeiterstreik, der im vorigen Jahre die Bautätigkeit im ganzen Industriegebiet so unheilvoll beeinflußte. Mit kühner Entschlossenheit griff er in den Kampf ein. Freilich rief er mit seinem Vorgehen in gewissen Kreisen heftigen Widerspruch hervor. Im Stadtverordnetenkollegium entstanden zwei Lager, aber schließlich bildete sein Eingreifen doch die Grundlage für die Aufhebung des Friedens im Baugewerbe. Der Sorge für die arbeitende Klasse hat Oberbürgermeister Zweigert von jeher praktisches Verständnis und eifriges Interesse entgegengebracht. Zweigert war ein überzeugter Protestant, aber er ließ auch den Andersgläubigen loyal Gerechtigkeit widerfahren. Im Rheinischen Provinziallandtag wurde seine Mitarbeit sehr geschätzt. Oberbürgermeister Erich Zweigert wurde am 25. Februar 1849 zu Neustettin in Pommern als Sohn des Königl. Appellationsgerichtspräsidenten Wilhelm Zweigert geboren. Er studierte nach Beendigung seiner Gymnasialstudien in Berlin an den Universitäten Halle, Heidelberg und Berlin die Rechte und wurde 1877 zum Gerichtsassessor ernannt, fungierte längere Zeit als Hilfsrichter bei den Kreisgerichten in Berlin und Brilon, war dann Kreisrichter in Celle, Amtsrichter in Potsdam. Am 8. Februar 1881 wurde er als Erster Bürgermeister der Stadt Guben eingeführt. Am 1. Juni 1886 wählte ihn die Stadtverwaltung von Essen zum Bürgermeister, und am 25. November wurde ihm der Titel Oberbürgermeister verliehen. Für seine Verdienste zeichnete ihn der König durch mehrere hohe Orden aus. — Die Leiche wird am Dienstag durch die städtische Feuerwehr in den städtischen Saalbau übergeführt und bleibt dort bis Mittwoch nachmittag aufgebahrt. An diesem Tage wird um 3 Uhr im Saalbau eine städtische öffentliche Trauerfeier veranstaltet; daran schließt sich die Beisetzung auf dem Alten Friedhof. Im gestrigen Konzert des 42. Tonkünstlerfestes im Großen Saale des städtischen Saalbaues bereiteten Künstler aus Anlaß des plötzlichen Hinscheidens des Oberhauptes der Feststadt eine eindrucksvolle Trauerkundgebung. Prof. Max Schilling richtete eine den Verstorbenen ehrende Ansprache an die Künstler und die Zuhörerschaft und Dr. Richard Strauß dirigierte hierauf die Mozartsche Trauermusik.

* **Essen** (Ruhr), 28. Mai. In Rotthausen wurde ein 3jähriges Mädchen von einem heranfahrenden Straßenbahnwagen erfaßt und unter die Räder geschleudert. Das Kind wurde als Leiche unter dem Wagen hervorgezogen.

* **Duisburg-Ruhrort,** 28. Mai. Ein 16jähriger Junge ertrank beim Baden in der Emscher.

* **Bad Rothenfelde,** 28. Mai. Heute morgen gegen 6½ Uhr explodierte mit heftiger Detonation ein Dampfkessel der hiesigen Verzinkerei. Der Behälter wurde vollständig zerstört. Eisenteile wurden durch die Explosion 1000 Meter weit fortgeschleudert. Die Erschütterung war dermaßen, daß durch den Luftdruck die Häuser erbebten. Wie verlautet, sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen.

* **Göttingen,** 27. Mai. Bei Riefensbeek im Harz geriet ein Automobil in Brand. 2 Insassen gelang es, abzuspringen, 2 andere wurden in den Straßengraben geschleudert und schwer verletzt.

Der neue Hüger-Prozeß.

Dortmund, 28. Mai.

(Achter Verhandlungstag.)

Zu Beginn der Sitzung teilte Rechtsanwalt Ruß-Dortmund mit, daß Justizrat Wallach-Essen, der zweite Verteidiger des Angeklagten erkrankt sei und voraussichtlich in den nächsten Tagen nicht erscheinen könne.

Zur Erörterung kamen heute die Anklagen Hügers gegen die als Nebenkläger zu dem Verfahren zugelassenen Generäle v. Davidsohn und Keim. Von ihnen sagt der Angeklagte in der inkriminierten Broschüre, daß „der jetzige Generalleutnant z. D. v. Davidsohn in Weißenturm bei Coblenz und der jetzige General z. D. Keim zu Berlin, Redakteur eines militärischen Fachblattes, dieser infolge einer falschen Begründung auch falschen Entscheidung zugestimmt haben, trotzdem ihnen die falsche Begründung aus den Akten bekannt war“. Ferner findet sich an einer anderen Stelle der Schrift noch folgender Passus, den die beiden Generäle ebenfalls auf sich beziehen. Er lautet: „Und was soll man davon denken, daß von den vielen von mir Beschuldigten auch nicht ein einziger den Mut gezeigt hat, die Sache zum Austrag zu bringen? War bei allen das Schuldbewußtsein so groß, daß es jede Regung zur Reinhaltung der Ehre ersterben ließ? Oder hatte zufällig keiner von ihnen das nötige Ehrgefühl? Oder schwiegen sie auf höheren Befehl? Wenn letzteres wäre, dann würden wir in der Armee eine variable Ehre, eine Ehre auf Kommando haben. Der Leutnant Bruns vom Kölner Feldartillerieregiment hat vor Gericht angegeben, daß ehrengerichtlich gegen ihn auf Verwarnung und auf Abschied wegen Nichterhaltens der Satisfaktion erkannt worden sei. In der Allerhöchsten Entscheidung, die auf ein gerichtliches Verfahren erging, das ich wegen Beleidigung seitens des Hauptmanns Schmahl gegen mich beantragt hatte, heißt es dagegen, daß meine Ehre durch Nichterlangung von Genugtuung nicht gelitten habe. Die nötigen Schritte zu ihrer Erlangung waren beiderseits geschehen. Die Ehre in der Armee ist eben variabel. Es liegen hier also über den Einfluß der Erhaltung von Satisfaktion auf die Würdigkeit, dem Offizierkorps anzugehören, zwei sich diametral entgegenstehende Entscheidungen von prinzipieller Bedeutung vor. Ebenso wird auch die Forderung von Satisfaktion verschieden behandelt. Wer bis jetzt Beleidigungen oder den Verdacht unehrenhafter Handlungen begangen zu haben, auf sich sitzen ließ, galt grundsätzlich als unwürdig, dem Offizierstande anzugehören. Den Generälen, die ich gekennzeichnet habe, scheint das an ihrer Ehre gar nicht zu schaden.“

Der Angeklagte erklärt hierzu: Der letzte Passus bezieht sich nicht auf den General Keim. Das erste, was ich in dem Ablag sage, ist eine allgemein gehaltene Auslassung und der Schlußpassus bezieht sich auf den Inhalt meiner ersten Broschüre. Ich habe damit sagen wollen, daß diejenigen, die ich in der ersten Broschüre unehrenhafter Handlungen beschuldigte, wissentlich gegen meine Interessen gehandelt hätten. Ich weiß aber nicht, ob ich das auch in Bezug auf General Keim getan habe. Verteidiger des Nebenkläger Rechtsanwalt Windthorst: Der Name des Herrn Generals ist ja ausdrücklich genannt.

Es wird hierauf General z. D. Keim-Berlin als Zeuge vernommen. Er bekundet: Im Jahre 1898 war ich Präses des Ehrenrates der Stabsoffiziere des 8. Armeekorps. In dieser Zeit ist Oberst Hüger an den Ehrenrat herangetreten mit dem Ersuchen, gegen ihn selbst ein Verfahren einzuleiten, um in seiner Angelegenheit Klarheit zu schaffen. Dies war durchaus zulässig. Wenn Herr Hüger in seinen Schriften im Anschluß an die Entscheidung des Ehrenrates immer auf mich persönlich abzielt, so kann ich nur erklären, daß ich auch heute durchaus für das, was geschehen ist, eintrete. Aber falsch ist, daß nur ich persönlich dafür zu machen sei für die Entscheidung des Ehrenrats. Sondern der Ehrenrat ist ein Kollegium und der Präses hat nicht mehr Einfluß auf die Entscheidungen wie jedes andere Mitglied. Aber ich wiederhole, daß ich mich keineswegs dahinter zurückziehen will, sondern für alles eintrete. Als die Sache an uns herantrat, hatte ich übrigens ein persönliches Interesse daran. Denn ich war mit Oberst Hüger früher in einer Garnison, bin schließlich in meinen freundschaftlichen Gefühlen für ihn vielleicht sogar zu weit gegangen. Ich habe z. B. verschiedene Briefe in dieser Sache mit ihm gewechselt und höre jetzt, daß er diese hier verlesen will. Ich gebe zu, daß ich in diesen Briefen es ausgesprochen habe, es scheine mir so, daß der Oberst vielleicht in bezug auf die Behandlung seiner Verabschiedungsangelegenheit Grund habe, etwas mißvergnügt zu sein. Diese Angelegenheit hat sich aber inzwischen für mich auch erledigt, nachdem der inzwischen in China verstorbene Oberst Groß gen. von Schwarzhoff mir mitgeteilt hatte, daß der Herr Angeklagte keinen Anlaß habe, sich darüber gekränkt zu fühlen. Auch Oberst Hüger hat ja jetzt angegeben, daß er mich einseitig informiert hat und daß er selbst nicht mehr an der Gutgläubigkeit des Obersten Groß zweifle. Ich hätte beide Teile hören und die Akten einsehen sollen. Wie ich sie dann schließlich zu sehen bekam, habe ich ja eine ganz andere Anschauung gewonnen. Der Ehrenrat hat in Köln zwei volle Tage gesessen und der Herr Oberst wird mir zugeben müssen, daß seine Sache nach allen Richtungen hin erörtert worden ist. Das Endresultat war folgendes: Wir haben Oberst Hüger kameradschaftlich in Schutz genommen und ihm zugesagt, ihm zu seinem Rechte verhelfen zu wollen. Wir sagten ihm dabei aber auch, daß er bei seiner Verabschiedung nicht verletzt worden sei, und daß nur der Fall Schmahl übrig bleibe. Es war ferner für uns als Nichtjuristen nicht leicht, in der ganzen Sache zu entscheiden, aber das kann ich versichern, daß wir durchaus pflichtgemäß, nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen sind, und daß man uns niemals irgendwie in unserer Entscheidung beeinflußt hat. Die Sache Schmahl stand schließlich so, daß Oberst Hüger die Ansicht vertrat, Schmahl habe ihn beleidigt und eine Sühne dieser Beleidigung sei nicht erfolgt. Um nun einen Ausweg zu finden, fragten wir ihn, ob er nicht eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen Hauptmann Schmahl beantragen wolle. Der Herr Oberst verstand sich anfänglich nicht dazu, aber später sah er ein, daß das der einzige Ausweg sei, und ging diesen Weg. Es hat uns jedenfalls bei diesem Ratschlage durchaus ferngelegen, etwa zu präjudizieren, daß Hauptmann Schmahl der ihm vom Oberst zur Last gelegten Dinge schuldig sei. Die ganze Sache ist über acht Jahre her, ich erinnere mich aber gut, daß wir in keiner Weise ausdrücken wollten, Schmahl habe Hüger beleidigt. Wohl aber haben wir uns gefreut, einem Kameraden Gelegenheit gegeben zu haben seine Sache nochmals zur ehrengerichtlichen Erörterung zu bringen. Wider Erwarten wurde der von Hüger gestellte Antrag von allen in Betracht kommenden Instanzen abgelehnt, vom Ehrenrat des Offizierkorps, des Regiments, des Kommandeurs, des Brigadekommandeurs und schließlich auch des Divisionskommandeurs. Ich muß dabei bemerken, daß alle diese Instanzen mit Beisitzern nicht mit Juristen besetzt waren. Nur der Ehrenrat des Divisionskommandeurs hatte einen juristischen Beirat. Es war also genügend zuständig für eine richtige Beurteilung der Sache. Alle diese Instanzen erklärten also, es liege kein Grund zu einem Einschreiten gegen Hauptmann Schmahl vor. Und dem schlossen wir uns als letzte Instanz an. Wir gaben im Anschluß daran Oberst Hüger den Rat, sich zu beruhigen. Wenn er nun sagt, das war kein guter Rat, so muß ich dem widersprechen. Wir konnten gar nicht anders tun. Es war also keine Falle, die wir ihm stellten, und keine Zwangslage, in die wir ihn brachten. Wenn Oberst Hüger uns damals gefolgt wäre und hätte die Sache auf sich beruhen lassen, so hätte er sich viel Aerger und Erbitterung ersparen können.

Angekl.: Ich frage den Herrn General, ob und welche Instruktionen er hatte, so zu handeln, wie er gehandelt hat?

Zeuge: Instruktionen? Was soll ich denn für Instruktionen gehabt haben? Angekl.: Nun, von Ihrem Kommandeur. Zeuge (erregt): Ein preußischer Ehrenrat handelt nicht nach irgend welchen Instruktionen, sondern nur nach Ehre, Pflicht und Gewissen. Ich kann doch von keiner Stelle für solchen Fall Instruktionen entgegennehmen.

Angekl.: Es kommt das hier insofern doch in Frage, als die ehrengerichtlichen Bestimmungen besagen, daß der Ehrenrat eines Korps Organ des Generals vom Ehrengericht ist. Also ist meine Frage durchaus gerechtfertigt. Wenn der Herr General leugnet, Instruktionen erhalten zu haben, so schließe ich daraus, daß seine Entscheidung vollständig die eigene Ansicht des Ehrenrats kundgibt. Zeuge: Gewiß. Angekl.: Im übrigen sind die Darlegungen des Herrn Zeugen durchaus richtig. Auch daß ich die Entscheidung des Obersten Groß schließlich anerkannt und erklärt habe, daß diese Seite der Sache für mich erledigt sei. Im übrigen aber muß ich sagen: Es wurde mir in einer Weise zugesetzt, daß ich nicht mehr ein noch aus wußte. Es wurde mir mitgeteilt, daß sich der Ehrenrat des 8. Armeekorps der Beurteilung der Schmahlschen Sache entziehen werde. Auch wurde ich darauf hingewiesen, daß Württemberg mir keine Genugtuung gewähren würde. Tatsächlich ist mir ja auch von dem württembergischen Ehrenrate in allen Instanzen jede Genugtuung strikte verweigert worden. Nun sagt General Keim, er habe keine Beleidigung meiner Person für vorliegend erachtet. Ich bitte demgegenüber, die Briefe des Herrn Zeugen an mich zu verlesen, die deutlich zeigen, daß er mich für beleidigt erachte. Denn er deutet sogar an, daß ich den Hauptmann Schmahl fordern könnte. Das ist der ausdrückliche Beweis für das, was ich behauptet habe. — Der Angeklagte überreicht die Briefe.

Vors.: Es kommt aber darauf an, wann der Herr Zeuge diese Briefe geschrieben hat.

Zeuge: Selbstverständlich habe ich die Briefe geschrieben vor Kenntnis der Akten und als Oberst. Angekl.: Da muß ich aber meine allerhöchste Verwunderung aussprechen. (Heiterkeit.) Die Briefe werden darauf verlesen. General Keim schreibt: Lieber Hüger! Ich denke, Sie können mit Recht zufrieden sein. Jetzt ist an nichts mehr zu tippen. Ich bin auch mit Groß von Schwarzhoff der Ueberzeugung, daß man Ihnen wirklich nicht zu nahe getreten ist. Was Schmahl anlangt, so liegt die formelle Initiative bei Ihnen. Da die Akten von uns eingefordert werden müssen, so werden die in Württemberg schon erkennen, wie die Sache hier aufgefaßt wird. Aber als kluger Mann müssen Sie sich sagen, daß wir hier in der Sache nichts tun können. Wir müssen uns außerdem in Ihrem Interesse auch streng an den vorgeschriebenen Weg halten und alles vermeiden, was als gesetzlich nicht gerechtfertigt ist, oder quasi als preußische Einmischung in württembergische „Angelegenheiten“ aussieht usw. General Keim bemerkt, im Anschluß an die Verlesung: Die Briefe atmen doch durchaus kameradschaftlichen Geist und zeigen, daß mir jede Voreingenommenheit ferngelegen hat. Rechtsanwalt Ruß: Die Briefe zeigen, daß der Angeklagte sich einem preußischen Ehrengerichte anvertrauen wollte, und daß er durch Ihren Rat wieder an ein württembergisches Ehrengericht für Subalternoffiziere geriet, obwohl er wiederholt betont hatte, daß er zu einem solchen kein Vertrauen habe. Zeuge: Ich muß demgegenüber betonen, daß in Bezug auf Ehrengerichte absolut kein Unterschied zu machen ist zwischen Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg. Wenn Oberst Hüger eine solche falsche Auffassung haben sollte, so würde er Württemberg damit beleidigen.

Vors.: Schon recht, aber wir sind im vorliegenden Falle doch anderer Ansicht.

Zeuge: Nun, dann muß ich doch auch eins sagen, was ich lieber nicht sagen wollte: Allerdings stand dem Herrn Oberst noch ein anderer Weg offen, der ihm auch angedeutet worden ist, nämlich der, daß er gegen Schmahl persönlich vorging. Als Ehrenrat konnten wir das natürlich nicht so deutlich aussprechen, aber privatim ist es ihm oft genug gesagt worden: Ja, wenn Sie nicht zufrieden sind so rücken Sie Schmahl doch auf den Leib!

Angekl.: Ich wiederhole, was hatten denn die Württemberger mit meiner Ehre zu tun? Ich unterstand dem Ehrenrat des 8. Armeekorps, und dadurch, daß man mich bei meinem zuständigen Ehrenrat ab- und den Württembergern zuwies, machte man mich abhängig von den württembergischen Subalternoffizieren.

Rechtsanwalt Windthorst (für den Nebenkläger): Ich muß widersprechen, daß General Keim den Angeklagten gezwungen hat, sich nach Württemberg zu wenden. Seine Sache war erledigt und in Sachen Schmahl lag es nach den Darlegungen des Generals Keim in seinem eigensten Interesse, sich nach Württemberg zu wenden. Er sollte ja dort doch nicht gegen sich, sondern gegen Hauptmann Schmahl ein Ehrengericht beantragen.

Erster Staatsanwalt: Wie kommt der Oberst Hüger dazu, gegen ein württembergisches Gericht den Verdacht zu hegen, daß es nicht unparteiisch, nicht nach Recht und Pflicht entscheiden würde?

Angekl.: Auf Grund der vielen Ungerechtigkeiten, die mir in Württemberg passiert waren, war ich berechtigt, in die Unparteilichkeit der württembergischen Ehrengerichte Zweifel zu setzen.

Erster Staatsanwalt: Aber die Ehrengerichte hatten ja mit ihrer Entlassung nichts zu tun. Angekl.: Es handelt sich aber nicht um die Ehre Schmahls, sondern um meine Ehre und diese ging ein württembergisches Gericht nichts an. Dagegen muß ich ganz entschieden protestieren. General Keim gibt hierauf die Erklärung ab, daß er als Nebenkläger auftreten müsse, weil Oberst Hüger ihn als einen schwarzen Missetäter, als einen Verschwörer hingestellt habe. Angekl.: Das kommt garnicht in Betracht. Ehre und Interesse ist nicht dasselbe. Zeuge: Es ist dasselbe. Angekl.: Nicht immer. Mir kam es immer nur auf die mir durch Schmahl zugefügten Beleidigungen an. General Keim: Ich wiederhole nochmals: Wir sind alle nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen. Es ist möglich, daß uns Rechtsirrtümer unterlaufen sind. Jeder Mensch hat seinen Kopf für sich und seine eigne Art, zu denken und wenn dem Herrn Oberst unser Beschluß nicht paßt, so ist das seine Sache. Aber mir darauf die schwersten Beleidigungen zu sagen und zu behaupten, wir hätten nach Instruktionen gehandelt, das ist empörend. Angekl.: Ich weise es zurück, gesagt zu haben, daß Sie ehr- und pflichtvergessen gehandelt hätten. Der springende Punkt war doch jedenfalls nicht, ob ich an meiner Ehre gelitten hatte, sondern ob die Beschuldigungen des Herrn Hauptmann Schmahl zutreffend waren oder nicht. Ich hatte so viele Fälle angeführt, wo die Ehre eines Offiziers viel leichter verletzt erschien, daß ich es nicht verstehen kann, wie man gegen Hauptmann Schmahl nicht vorgehen wollte, obwohl ich ihn der wissentlichen Unwahrheit überführt und der König von Württemberg diese meine Ansicht durch seine Kabinettsorder bestätigt hatte.

Erster Staatsanwalt: Dem möchte ich ganz entschieden widersprechen. Niemals ist Hauptmann Schmahl weder hier noch irgendwo etwas derartiges nachgewiesen worden. R.-A. Dr. Ruß: Es wird aber noch eine Aussage zur Verlesung gelangen, aus der hervorgeht, daß dem Hauptmann Schmahl der Vorbehalt mitgeteilt worden ist. Vors.: Da sind wir ja glücklich wieder beim Fall Schmal. (Heiterkeit.)

Hauptmann **Schmahl** muß darauf erneut vertreten, da Oberst Hüger dabei verbleibt, daß dieser zu seiner Beschwerde nicht berechtigt gewesen sei, nachdem er vorgestern erklärt habe, er sei nur für seinen Futtermeister eingetreten. Zu welchen Konsequenzen, so bemerkt der Angeklagte weiter, sollte es wohl führen, wenn bei Vorgesetzte eines niederen Mannes sich beleidigt fühlen wollte. Hauptmann Schmahl: Die Sache lag ja anders. Ich wollte mit meiner Beschwerde einfach die ungeheure Nervosität, die im ganzen Offizierkorps herrschte, zur Sprache bringen. Im übrigen aber war ich der Chef der 3. Batterie, war ich also verantwortlich und mußte mich also durch die Rüge in erster Linie getroffen fühlen. Angeklagter: Ich konstatiere, daß der Zeuge vorgestern gesagt hat, es sei nur sein Futtermeister gerügt worden, während er jetzt sagt, er selbst habe sich beleidigt gefühlt. So schwankt der Zeuge hin und her. Ferner bitte ich, mir mitzuteilen, welche Spannungen zwischen uns bestanden haben sollen. Zeuge: Sie werden sich erinnern, daß Sie mir wegen der Beratung des Leutnants Frank Vorhaltungen gemacht haben. Sie sagten damals: Einem solchen jungen Leutnant gibt man keinen Rat in einer Beschwerde gegen seinen Obersten, sondern den läßt man reinfallen, damit er sich's allein auf Grund der Angaben des Herrn abgewöhnt. Ferner bemerkt ich, so fährt der Zeuge weiterhin in großer Erregung aus, daß es pure Verleumdung von A bis Z ist, wenn der Herr Oberst hier gesagt hat, ich hätte überhaupt in allen Beschwerden hinter den Beschwerdeführern gestanden. Das ist eine Entstellung der Tatsachen. Leutnant Frank hat mir seine Sache jedenfalls ganz anders dargestellt, u. ich hatte ihn nicht für so charakterlos, daß er mich als seinen Beirat belogen hat. Ich habe ihm ausdrücklich abgeraten, die Sache bis zu Sr. Majestät hinaufzutreiben, indem er gegen den selbst ein Ehrengericht beantragte. Andererseits aber habe ich dem Obersten gesagt, daß meine Auffassung von kameradschaftlicher Pflicht es erheische, daß ich mich Leutnant Frank mit Rat und Tat zur Seite stelle. Angekl.: War nicht die große Nervosität gegen mich nur im Unteroffizierkorps der 3. Batterie vorhanden und ist es nicht richtig, daß ich, weil Ihnen die Unteroffiziere wegen zu schlechter Behandlung fortliefen, Sperre mit der 3. Batterie sein mußte? Zeuge: Man war überall nervös. Angekl.: Nun, es genügt mir, daß

[illegible] wiederholt dienstlich gemaßregelt worden ist. Sie seien immer der Jäger gewesen. Sachverständiger Dr. Wurmann: Herr Angeklagter, sind Sie auch jetzt noch der Ueberzeugung, daß Hauptmann Schmahl gegen Sie gehetzt hat? Angekl.: Ja, weil ich es von anderer Seite gehört habe. Sachverständiger: Und sind Sie der Ueberzeugung, daß Ihnen andernfalls nichts passiert wäre? Angekl.: Ja. Sachverständiger: Und daß Sie vielleicht jetzt sogar noch im Amte wären? Angekl.: Das doch nicht. Sachverständiger: Bei Ihrer Untersuchung sagten Sie mir dort aber... Angekl.: Nein, ich sagte, daß ich damals nicht verabschiedet worden. Sachverständiger: Welche Anhaltspunkte haben Sie dafür, daß Hauptmann Schmahl gehetzt hat? Angekl.: Zunächst den Fall Brand, dann die Meldung des Majors Preußen, der wörtlich sagte, Schmahl hetzt gegen Sie! Sachverständiger: Meinen Sie, daß er es von selbst tut, oder steckt jemand hinter ihm?

Angekl.: Ich habe Grund, anzunehmen, daß eine höhere Stelle es wünschte, daß recht viele Beschwerden gegen mich eingingen. Es meldete mir einmal ein Hauptmann, daß der Major Lang die Batteriechefs aufgefordert habe, sich über mich zu beschweren und hierbei den Zusatz gemacht habe, er wolle, daß man Recht bekommen würde.

Zum Schluß der heutigen Sitzung bekundeten dann noch die Hauptleute v. Brandt und Schweizerbarth, daß auch ihnen die Befehle Hügers vielfach zu tief einschneidend und zu maßlos erschienen seien.

Hauptmann v. Mühlen bekundet über einen besonderen Fall, der die Verlegung einer Schießübung betrifft. Zeuge war früher Regimentsadjutant. Oberst Hüger habe sich beklagt, daß er auf Wunsch des Generalmajors v. Wizendorff ein Gelände-schießen verlegt habe, aber nachher von letzterem wegen zu späten Anlegens der Schießübung einen Verweis erhalten habe. Oberst Hüger: Weiß der Zeuge, daß die Verlegung der Uebung einem privaten Wunsche des Generals v. Wizendorff entsprach?

Zeuge: Das hat Herr Oberst Hüger am Ende einer Kritik gesagt.

Oberst Hüger: Der Privatwunsch war der, daß der Herr General bei Fehen. v. Heyl gerne einen Hirsch schießen wollte.

Generalmajor v. Wizendorff: Was die Jagd, zu der ich von Fehen. v. Heyl nach Darmstadt eingeladen war, mit der Uebung zu tun hatte, begreife ich nicht. Ich bin in der ganzen Zeit dienstlich beschäftigt gewesen. Es muß eine Verwechslung des Jahres vorliegen.

Oberst Hüger: Ich weiß das genau.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag früh vertagt.

Neueste Nachrichten.

Preußischer Landgemeindetag.

Berlin, 28. Mai. Unter starker Beteiligung trat heute im Hotel „Reichshof“ die dritte Versammlung des Verbandes der größeren preußischen Landgemeinden zusammen. Alle Landgemeinden Brandenburgs, Schlesiens und Rheinland-Westfalens waren vertreten. Von 27 Gemeinden im Jahre 1905 ist der Verband auf 54 Gemeinden mit über eine Million Einwohnern im Jahre 1906 gestiegen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung des Vorsitzenden aufgenommen, daß die Schulkommission des Abgeordnetenhauses der Petition des Verbandes auf Gleichstellung der Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern in bezug auf die Lehrerbesoldung mit den Städten zugestimmt habe. In den geschäftlichen Beratungen referierte Bürgermeister Staufen-Altenessen über den neuen Sparkassengesetzentwurf. Der Referent wandte sich gegen den Entwurf. Er erkannte an, daß die Sparkassen dem Staat gegenüber gewisse Verpflichtungen haben. Sie erfreuen sich des Schutzes von Reich und Staat und müssen sich diesen Schutzes auch dankbar erweisen. Deshalb ist es nicht richtig, wenn einzelne Gemeinden in ihren Sparkassenbeständen überhaupt keine Inhaberpapiere bezw. Staatsschuldenscheine haben. Was aber das Gesetz verlangt, geht denn doch zu weit. Es ist durchaus nicht notwendig, den Sparkassen vorzuschreiben, 30 Proz. ihrer Bestände in Staatspapieren anzulegen. Das würde für viele Sparkassen geradezu den Ruin bedeuten. Für Staatspapiere gibt es im günstigsten Falle 3 oder 3½ Prozent. Die Sparkassen selbst aber geben bis zu 4 Prozent Zinsen. Die Sparkassen müßten also Geld anlegen und würden mit Schaden arbeiten. Der Gesetzentwurf ist auch überflüssig, weil die Regierung heute schon die Macht hat, auf diejenigen Sparkassen, die überhaupt keine Staatspapiere nehmen, durch die Aufsichtsbehörde einen gewissen Druck auszuüben! Redner beantragt eine Resolution, die die Ablehnung des Entwurfes fordert. — In der Debatte stimmten einige Redner dem Referenten zu. Die Mehrheit wollte von einer strikten Ablehnung jedoch nichts wissen, sondern trat für eine Herabsetzung der im Entwurf festgelegten Maximalgrenze von 30 Prozent ein. Sie stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß ein gesetzlich festgelegter Höchstbetrag besser ist als die Willkür der Aufsichtsbehörde, die sich im Falle der Ablehnung des Antrages geltend machen würde. — Zum Schluß wurden von Vertretern der östlichen Provinzen, Westfalens, Rheinlands, Hannovers und Schleswig-Holsteins Spezialwünsche zu den verschiedenen Landgemeindeordnungen vorgebracht. Eine spätere Generalversammlung soll sich mit dieser Frage nochmals beschäftigen.

Demission des österreichischen Ministeriums.

Wien, 28. Mai. Heute nachmittag überreichte Prinz Hohenlohe die Demission des ganzen Ministeriums, die der Kaiser annahm. Die morgige Sitzung des Abgeordnetenhauses wird abgesagt. Die Stimmung der Abgeordneten ist sehr erregt. Die Ursache der Demission liegt darin, daß der Kaiser Wekerle ermächtigte, den Zolltarif als selbständigen ungarischen Tarif dem Reichstag vorzulegen, während die österreichische Regierung auf dem Standpunkt der Gemeinsamkeit des Zolltarifes beharrt. Der Kaiser empfing den Grafen Schönborn, Dr. v. Körber und Frhrn. v. Schlemeyka, um ihre Ansicht über die Lage zu hören. Es wurde keinem die Kabinettsbildung angeboten. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge ist die Bildung eines Geschäftsministeriums unter Bacquehem oder Wittek in Aussicht genommen. Als allenfallsiger Leiter des künftigen Ministeriums werden auch genannt der Statthalter Böhmens, Graf Coudenhove, und der Statthalter Niederösterreichs, Graf Kielmannsegg.

Wien, 28. Mai. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses war die Regierung nicht erschienen. Beim Eintritt in die Tagesordnung, deren erster Punkt die Debatte über die jüngste Regierungserklärung bildete, beantragte Graf Clam-Martinitz rücksichtlich der obwaltenden Umstände, welche offenbar mit dem Nichterscheinen des Ministeriums in ursächlichem Zusammenhange ständen, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen. Der Antrag wird angenommen. Das Haus erledigt zwei kleinere vom Abgeordnetenhause angenommene Gesetze, worauf die Delegationswahlen vorgenommen werden. Nach der Durchführung derselben wird die Sitzung geschlossen.

Berlin, 29. Mai. (Telegramm.) Die 30jährige Ehefrau des Tischlers Lindenau erhängte in Abwesenheit des Mannes sich selbst und ihre beiden kleinen Kinder. Die Veranlassung zur Tat war ein unheilbares Leiden (Schwindsucht).

Lübeck, 29. Mai. (Telegramm.) Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Turmeister, der gemeinschaftlich mit der Mutter den Vater ermordete zu 15 Jahren Zuchthaus. Frau Turmeister verübte in der Untersuchungshaft Selbstmord.

Danzig, 29. Mai. (Tel.) Die Oberprimaner des Königl. Gymnasiums telegraphierten, nachdem der Direktor auf ihr Ansuchen um einen freien Schultag eine abschlägige Antwort erteilt hatte, direkt an den Kaiser nach Pröckelwitz, ob die Schüler zum Stapellauf des Linienschiffes „Schlesien“ frei haben könnten. Die bejahende Antwort traf umgehend durch den Oberpräsidenten ein.

Lausanne, 29. Mai. (Telegramm.) Die Festlichkeiten aus Anlaß der Einweihung des Simplontunnels nahmen gestern mit der Feier in Lausanne ihren Anfang. Um 4 Uhr lief der aus Italien kommende, mit Blumen und Flaggen geschmückte Zug mit den italienischen Gästen ein, darunter der italienische Minister des Aeußeren, der Landwirtschaftsminister sowie Vertreter des italienischen Parlaments und einer größeren Anzahl italienischer Städte. Kurz darauf kam von Bern ein Sonderzug mit Mitgliedern der schweizerischen Bundesbehörden und den übrigen Gästen. Nach dem Umzuge durch die Straßen fand abends ein Festmahl statt.

Rom, 29. Mai. (Telegramm.) Während die Menge in der Kirche von Campo Felice bei Palermo andächtig betete, schrie plötzlich jemand: Das Dach stürzt, rette sich wer kann. Bei dem entstehenden Gedränge wurden zwei Frauen totgequetscht. Zwanzig Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Rom, 29. Mai. (Telegramm.) Nach der „Tribuna“ wird im Kabinett Giolitti Cocco-Ortu das Landwirtschaftsministerium, Luzzatti die Finanzen, Fradeletto das Unterrichtsportefeuille übernehmen. Der „Patria“ zufolge dürfte zum Kriegsminister General Vigano ernannt werden. Im übrigen wird die gestern von den Blättern gegebene Ministerliste aufrecht erhalten.

Riga, 29. Mai. (Tel.) Die terroristische Bewegung gegen die Landpastoren befaßt sich nun auf Süd-Livland. Die wohlgesinnten Gemeindemitglieder raten ihnen einen zeitweiligen Wegzug an. Auf dem Erbbegräbnis der Gräflichen Familie Sievers bei Wenden wurden die Gebeine der Gräfin Sievers von Revolutionären aus der Gruft gerissen und zerstreut.

Madrid, 29. Mai. (Telegramm.) Prinzessin Ena von Battenberg empfing am Sonntag eine Abordnung des Senats und der Kammer. Der Präsident der Kammer, Canalejas, verlas eine Adresse, welche die Freude des Landes über die vom König getroffene Wahl ausdrückt und versichert, das spanische Volk werde alles tun, damit die künftige Königin nicht bedaure, ihr altes Vaterland aufgegeben zu haben.

Stockholm, 28. Mai. Die Tagung des Reichstages ist heute geschlossen worden.

Handels-Nachrichten.

Der Nachdruck aller mit einem * bezeichneten Artikel ist nur mit Quellenangabe gestattet.

* Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Akt.-Ges., vorm. Hengstenberg & Co. in Bielefeld. Die Verwaltung beschloss vorbehaltlich der Genehmigung durch die am 23. Juni stattfindende ausserordentliche Generalversammlung, das Kapital um 625 000 M. zu erhöhen. Der A. Schaaffhausensche Bankverein und die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft übernehmen die Aktien und bieten sie den alten Aktionären im Verhältnis von 2 zu 1 an. Die Erhöhung ist für bauliche und maschinelle Vergrösserung infolge bedeutend gestiegener Produktion nötig.

* Phönix Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Ruhrort. Entgegen anderweitigen Angaben hören wir, dass in Verwaltungskreisen die Frage einer Vermehrung des Aktienkapitals zur Verstärkung der Betriebsmittel bisher überhaupt nicht erörtert worden ist. Es liegt hierzu auch wohl gar kein Anlass vor, da die Gesellschaft über reichliche flüssige Mittel verfügt.

* Bochum-Gelsenkirchener Strassenbahnen, A.-G. Bochum. In der Aufsichtsratssitzung wurde der Jahresabschluss genehmigt. Für die bereits am 15. Februar gezahlte Dividende von 6 Proz. ist ein Zuschuss der Betriebspächterin von ca. 393 000 Mark (gegen ca. 403 000 M. im Vorjahre) erforderlich. Die Betriebseinnahmen betragen rd. 1 599 000 M. gegen rd. 1 878 000 M. im Vorjahre, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass der Bergarbeiterstreik in den Monaten Januar, Februar und März die Einnahmen ungünstig beeinflusste, während die um die Mitte des Geschäftsjahres eröffneten neuen Linien Bochum-Wiemelhausen und Spillenburg-Bellinghausen (ca. 8 km) eine Zunahme des Verkehrs zur Folge hatten. In den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigen die Betriebseinnahmen wiederum eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre, wobei jedoch die gleichen Verhältnisse in Betracht kommen. Wie der Vorsitzende des Aufsichtsrats berichtete, hat das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk die Majorität der Aktien des Unternehmens erworben; eine Aenderung in den Verhältnissen der Gesellschaft insbesondere des Betriebspachtverhältnisses zu der Siemens & Halske Akt.-Ges. ist durch diesen Besitzwechsel nicht eingetreten.

* Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Wie wir hören, hat die Gesellschaft für das am 1. April beendete Semester eine Semestralbilanz aufgestellt, die sehr günstige Ziffern aufweisen soll. Eine Veröffentlichung dieser mehr für den internen Gebrauch bestimmten Bilanz, bei der auch noch Abschreibungen und Rückstellungen zu berücksichtigen sein würden, ist nicht beabsichtigt.

* Maschinenfabrik Rheinland, Düsseldorf. Zu der am 23. Juni stattfindenden ordentlichen Generalversammlung enthält die Tagesordnung folgende Punkte: Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 M., Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern, Aufhebung der Liquidation und Fortführung der Gesellschaft.

* Alphons Custodis, Akt.-Ges. für Essen- und Ofenbau, Düsseldorf. Der Abschluss dieses Unternehmens, das erst in 1903 zur Deckung der Unterbilanz und Bildung einer Reserve eine Zuzahlung von 500 M. pro Aktie ausschreiben musste, bietet für die Aktionäre ein trauriges Bild. Der Warengewinn stieg zwar von 478 395 auf 599 752 M., wogegen Unkosten 566 078 M. erforderten ferner Zinsen 68 431 (51 212) M. und Abschreibungen auf Anlagekonten 19 370 (18 965) M. Aus der Abwickelung der früheren russischen Geschäfte und der Stillegung bezw. Realisation der Fabriken entstanden grössere Verluste, die sich einschl. der regulären Abschreibungen auf stillgelegte Betriebe von 35 258 Mark und der Abschreibung auf Essiger von 68 000 M. insgesamt auf 137 001 M. belaufen. Nach Heranziehung der Spezialreserven von 62 335 M. ergibt sich alsdann ein Gesamtverlust von 128 793 (70 432) M., wodurch sich die Unterbilanz auf 199 225 M. erhöht bei 900 000 M. Aktienkapital. In der Bilanz figurieren Grundstücke und Gebäude mit 1,29 (1,36) Mill. M., Maschinen mit 108 281 (129 569) M., halbfertige Bauten mit 308 798 (145 111) M., in Vorräten waren 102 522 (138 558) M. vorhanden und bei Waren-Debitoren standen 569 771 (536 810) Mark aus. Die Verbindlichkeiten belaufen sich demgegenüber neben 536 000 M. Anleiheschuld auf nicht weniger als 849 292 M. (667 248 M.) Bankierschulden, 55 453 M. (91 652 M.) Akzepte und 308 278 M. (383 871 M.) Kreditoren; bei den Bankschulden und Kreditoren sind wieder die Bankguthaben von 51 477 bezw. Vorschüsse von 39 734 M. in Abzug gebracht. Einer im Anschluss an die ordentliche Generalversammlung einzuberufenden ausserordentlichen Versammlung wird vorgeschlagen, das Baugeschäft mit Filialen und das Tonwerk Satzvey einer neu zu gründenden Gesellschaft zu übertragen, und gleichzeitig die Auflösung der Gesellschaft durch Liquidation zu beschliessen. Die Gesellschaft soll an dem neu zu gründenden Unternehmen in wesentlichem Masse interessiert bleiben, und ausserdem sollte den Aktionären Gelegenheit geboten werden, sich an der neuen Gesellschaft zu beteiligen.

* Bergbaugesellschaft Teutonia in Hannover. Für die Aktien dieser Gesellschaft machte sich an der gestrigen Börse im freien Verkehr stärkeres Interesse bemerkbar. Der Kurs zog bis zu 231 Proz. an. Wie die „V. Z.“ meldet, ist es der Betriebsleitung möglich geworden, die Wasserzuflüsse abzuschliessen. Der Schacht steht zurzeit bei einer Teufe von 30 Meter im festen Ton.

* Kaliwerk Ludwigshall, Aktiengesellschaft, Nordhausen. Die Gesellschaft hat für den 15. Juni eine ausserordentliche Generalversammlung anberaumt. Die Tagesordnung lautet folgendermassen: Erhöhung des Grundkapitals um höchstens 1 Mill. M. unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre. Beteiligung bei anderen Unternehmen.

* Chemische Fabrik Höningen, vorm. Walter Feld & Co., Akt.-Ges. zu Höningen a. Rh. Das Unternehmen plant eine Erhöhung des Aktienkapitals um 600 000 M. auf 3 Mill. Mark. Die neuen Mittel sollen zu einer Erhöhung der Beteiligung bei den Nickelwerken Höningen dienen. Die Nickelwerke Höningen G. m. b. H., die bisher 700 000 M. Betriebskapital gehabt haben, erhöhen ihrerseits, um ein angemessenes Betriebskapital zu erhalten, ihr Kapital auf 1 050 000 M., wovon die Chemische Fabrik Höningen den ihrer Beteiligung entsprechenden Anteil übernimmt. Die Nickelwerke Höningen werden demnächst den Betrieb eröffnen. Ausserdem soll die Vermehrung des Aktienkapitals bei der Chemischen Fabrik Höningen zur Aufnahme des Betriebs neuer Zweige der chemischen Industrie dienen. Die neuen Aktien werden von einer Bankgruppe, bestehend aus der Nationalbank für Deutschland und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein, übernommen mit der Verpflichtung, den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht darauf anzubieten. Das am 30. Juni zu Ende gehende Geschäftsjahr dürfte, so weit dies bisher zu übersehen ist, mindestens dieselbe Dividende wie im Vorjahr (9 Proz.) ergeben.

* Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft. Wie verlautet, bringt die Gesellschaft für das abgelaufene Betriebsjahr eine Dividende von 6 Proz. (gegen 5 Proz. i. V.) zur Verteilung.

* Versicherungs-Aktien. (Notierung vom 28. Mai.) Aachen-Münchener Feuer 9900 B. Berliner Feuer 3750 b. Berliner Hagel 585 B. Berliner Leben 5900 bG. Colonia Feuer 8600 G. Concordia Leben 1210 G. Deutsche Feuervers. Berlin 1100 b. Deutsche Rück- und Mitvers. 1275 B. Deutsche Transport 2700 B. Deutscher Lloyd 2400 bG. Dresdner Allg. Transport 3000 b. Elberfelder Vaterl. Feuer 6400 B. Frankf. Transport, Unfall u. Glas 1570 G. do. neue 1200 G. Germania Leben 1160 b. Kölnische Hagel 285 et. bG. Köln. Rückvers. 1160 G. Leipziger Feuer 6525 b. Magdeburger Feuer 4805 G. Magdeburger Hagel 590 bB. Magdeb. Rückv. 1101 bB. Nordstern Leben 3900 b. do. Unfall und Alters 1720 bG. Oldenb. Versich. 2050 b. Preuss. Lebensvers. 1150 G. Preuss. National Stett. 1385 G. Rhein. Westf. Rückv. 475 G. Securitas 440 G. Thuringia Erfurt 4200 B. Transatlantische Güter 795 G. Union Allg. Vers. 1490 G. Union Hagel 850 B. Victoria in Berlin 8500 B. Westd. Vers. Akt.-Ges. 1540 B. Wilhelma Magdeb. Allg. Unf. 1775 B.

* Dortmund, 28. Mai. Städtischer Viehhof. Zum heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 908 Stück Grossvieh, 1825 Schweine, 856 Kälber, 39 Schafe. Bezahlt für 100 Pfd. Schlachtgewicht: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt, 76—77 M., b) junge fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 73—75 M., c) mässig genährte junge, gut genährte ältere 68—72 M., d) gering genährte jeden Alters 64—67 M. Bullen: a) vollfleischige ausgemästete Bullen bis zu 5 Jahren 73—74 M., b) vollfleischige jüngere Bullen 69—72 M., c) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere 65—68 M., d) gering genährte 62—64 M. Rinder und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Rinder höchsten Schlachtwertes 75—76 M., b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 73—74 M., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Rinder 68—72 M., d) mässig genährte Kühe und Rinder 60—67 M. Kälber: a) feinste Mast- (Voll-Mast) und beste Saugkälber 56—57 M., b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 53—55 M., c) geringe Saugkälber und ältere gering genährte (Fresser) 48—52 M. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 80—85 M., b) ältere Masthammel 00 bis 00 M., c) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 00 bis 00 M. Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 66—00 M., b) fleischige 64—65 M., c) gering entwickelte, sowie Sauen und Eber 62—63 M. Der Markt wurde geräumt.

* Essen, 28. Mai. Amtlicher Bericht der Notierungskommission. Auftrieb: 180 Ochsen, 621 Kühe u. Kalben, 127 Bullen, 2216 Schweine, 32 Schafe, 1250 Kälber. Preise für 50 kg Schlachtgewicht. Ochsen: 1) Vollfleischige, ausgem. Ochsen höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 78—79 M., süddeutsche höher. 2) Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Ochsen 75—78 M. 3) Mässig genährte junge — ältere Ochsen 72—74 M. 4) Gering genährte Ochsen jeden Alters 00—00 M. Kalben u. Kühe: 1) Vollfleischige ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 76—00 M. 2) Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 73—74 M. 3) Aeltere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 69—72 M. 4) Mässig genährte Kühe und Kalben 63—68 M. Bullen: 1) Vollfleischige ausgemästete Bullen bis zu 5 Jahren 72—73 M. 2) Vollfleischige jüngere Bullen 69—71 M. 3) Mässig genährte jüngere und ältere Bullen 65—66 M. 4) Gering genährte jüngere und ältere Bullen 00—00 M. Schafe: 1) Mastlämmer u. jüngere Masthammel 83—00 M. 2) Aeltere Masthammel 00—00 M. 3) Mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 00—00 M. Preise für 50 kg Lebendgewicht. Kälber: 1) Doppellender 72—73 M. 2) Feinste Mastkälber (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 57—58 M. 3) Mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 54—56 M. 4) Geringe Saugkälber und ältere gering genährte Kälber (Fresser) 48—52 M. Schweine: mit 20 Proz. Tara. 1) Vollfleischige Schweine der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 67—00 M., ausgesuchte 00 M. 2) Fleischige Schweine 64—66 M. 3) Gering entwickelte Schweine, sowie Sauen 60—63 M. 4) Ausländische Schweine unter Angabe der Herkunft 00 M. Tendenz: lebhaft.

* Essen, 28. Mai. Produktenbörse. Weizen inl. 18,00 bis 18,75, do. fremder 19,75—20,25, Roggen inl. 16,25—17,00, do. fremder 17,75—18,50, Hafer inl. 00,00—00,00, do. fremder 17,25 bis 18,50, Buchweizen 17,50—18,50, Futtergerste 12,25—12,75, Mais 13,50—16,00, Weizenvorschuss 24,50—25,25, Roggenvorschuss 23,25 bis 23,50, Weizenkleie (mit Sack) 10,00—10,50. Alles per 100 kg frachtparität Essen exkl. Sack bei Abnahme von Doppelladungen mit Ausnahme von Kleie, die mit Sack gehandelt wird.

* Duisburg, 28. Mai. Fruchtmarkt. Weizen, inländischer M. 18,40-18,70, Donau 18,50-19,50, Schwarzmeer 19,50-20,25, Asow 18,50-20,25, Amerikaner 19,50-20,25. Roggen, inländischer 16,00-16,20, Donau 00,00-00,00, Schwarzmeer 17,20-18,25, Asow 17,20-18,25. Hafer inländischer 15,70-16,00, Donau 00,00-00,00, russischer 16,75-18,00. Futtergerste, russische 12,00-12,25, Mais amerik. 13,00-14,00, La Plata 00,00-00,00, Cinquantino 15,50-16,00, Buchweizen 17,00-18,00. Weizenmehl Nr. 000 24,50-25,25, Nr. 00 23,50-24,00. Roggenmehl Nr. 0 23,00-23,25, Nr. 0/1 22,25-22,75, Bollmehl 12,00-12,25, Grand 10,00-10,25, Kleie 10,00-10,50 einschliesslich Sack. Alles die 100 Kilogramm.

* Neuss, 28. Mai. Produktenbörse. Weizen neuer I. 18,10, do. II. 17,10. Roggen neuer I. 16,60, II. 15,60, III. 00,00. Hafer I. 16,50, II. 16,00 M. per 100 kg. Kleie 5,60 M. per 50 kg.

New-Yorker Börse.

* New-York, 28. Mai. Schlusspreise.

	26.	28.		26.	28.
Silberpreis	67⅛	67⅛	Baltimore & Ohio	108	107⅞
North. Pac. 3% A.	76	76	Canad. Pacific	159⅞	159⅜
„ „ 4% V.-A.	103⅞	104	U. St. St. Corp. C.	40⅞	40⅜
Atchison Comm.	88⅛	89	„ „ „ pref.	105⅛	105⅛
„ pref.	102⅞	102⅞			

* New-York, 28. Mai. Schlusspreise.

		26.	28.			26.	28.
Weizen	Mai	91	91⅛	Baumwolle	Mai	11,27	11,21
„	Juli	89⅜	89⅛	„	Juni	11,14	11,09
„	Sept.	86⅜	86⅝	„	Juli	11,13	11,08
„	Dez.	87	87⅜	„	Aug.	10,98	10,82
Mais	Mai	56⅛	57⅛	„	Septbr.	10,69	10,62
„	Juli	54⅜	55⅛	„	Oktbr.	10,62	10,56
„	Sept.	54⅜	54⅛	„	Novbr.	10,62	10,56
„	Dez.	54⅜	54	„	Dezbr.	10,63	10,57

Weizen fest, Mais stramm, Baumwolle stetig.

* Chicago, 28. Mai. Schlusspreise.

		26.	28.			26.	28.
Weizen	Mai	86⅛	86⅜	Hafer	Mai	33⅞	33⅞
„	Juli	83⅝	83⅝	„	Juli	29⅞	32⅜
„	Sept.	81⅜	81⅛	Schmalz	Mai	8,67	8,80
„	Dez.	82	82	„	Juli	8,75	8,87
Mais	Mai	48⅛	49⅛	„	Sept.	8,90	9,00
„	Juli	47⅛	47⅛	„	Okt.	8,82	8,90
„	Sept.	47⅜	48⅛	Schweinefl.	Mai	16,20	16,35
„	Mai	47	47⅛	„	Juli	16,23	16,40

Weizen fest, Mais stramm, Hafer fest.

Essener Börse.

Amtlicher Kursbericht vom 28. Mai.

Kohlen-Kuxe	Nachfr.	Angeb.	Kohlen-Kuxe	Nachfr.	Angeb.
Alte Haase	2000	2080	Graf Schwerin	11 850	12 050
Altendorf	2550	2580	Heinrich	8160	8300
Augusta Victoria	—	12 900	Helene u. Amalie	—	26 900
Blankenburg	3175	3375	Hercules	—	—
Borussia	1725	1825	Joh. Deimelsberg	8350	8425
Caroline b. Holzw.	2715	2750	Kaiser Friedrich	1825	1915
Carolus Magnus	—	7350	Königin Elisabeth	22 600	23 070
Ver. Charlotte	—	—	König Ludwig	31 000	31 800
Constantin d. Gr.	38 900	39 800	Langenbrahm	8850	—
Dahlhauser Tiefb.	—	—	Lothringen	31 750	32 300
Ver. Deutschland	—	—	Mont Cenis	24 250	24 850
Dorstfeld	—	—	Orange	1700	1800
Eintracht	8500	8650	Poertingssiepen	—	—
Ewald	63 830	64 500	Rudolf b. Const.	650	680
Fr. Vogel-Unverh.	—	—	Schürb. u. Charl.	8235	8270
Friedl. Nachbar	—	—	Siebenplaneten	—	—
Friedrich d. Gr.	22 600	—	Ver. Trappe	—	—
Fr. Morgensonne	—	13 500	Tremonia	3650	3685
Germania	—	—	Unser Fritz	—	28 400
Gottessegen	5125	5225	Victor	21 760	—
Graf Bismarck	77 000	—	Victoria	1680	1720
Kali			Kali		
Alexandershall	9750	9850	Hedwigsburg	—	—
Beienrode	8600	8700	Hercynia	90 500	—
Bernhardshall	—	—	Hohenfels	—	10 000
Burbach	14 850	15 000	Hohenzollern	—	8700
Carlsfund	11 400	11 600	Johannashall	—	6850
Desdemona	—	—	Kaiseroda	—	9650
Glückauf b. Sond.	19 800	19 900	Neustassfurt	19 500	—
Hansa, Silberberg	—	—	Wilhelmshall	14 775	15 100

Nächste Börsenversammlung findet am Mittwoch, 6. Juni 1906, Nachmittags von 3½ bis 5 Uhr, im „Berliner Hof“ (Hotel Hartmann) statt.

* Essener Kohlenbörse. Essen, 28. Mai. Die Nachfrage ist fortgesetzt lebhaft.

Berliner Börse.

Ergänzungstabelle zu den telegr. Abendkursen.

Dtsch. Fonds u. Staats-Papiere.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Dt. Reichs-Schatz	99,40	99,50	Pomm. Prov.-Anl.	—	—
Bad. St.-Anl. 1901	—	102,30	Posen. 3½ Prov.-A.	97,20	97,20
do. do. 3½	—	—	do. do. 3	88,00	88,40
Bayerische Anl. 4	101,70	101,60	Rh. Pr. XXII. XXIII.	100,75	100,75
do. do. 3½	99,00	99,00	do. XVIII.	92,75	92,75
do. Eisb.-Obl.	97,30	97,20	do. IX. XI. XIV.	99,00	99,00
Braunschw.-Lbg.	99,00	—	Westpr. Prov.-Anl.	—	—
Bremer Anl. 1899	99,10	99,20	Altona St.-Anl.	103,00	102,70
do. do. 1896	85,40	85,40	Barmen 1899	101,10	101,10
Gr. Hess. St.-A. 1899	—	—	Berliner St.-Anl.	98,90	98,70
do. do. 93/00	99,00	—	do. 76/78	99,00	98,70
do. do. 1896	85,40	85,50	Bielefelder St.-Anl.	101,25	100,80
Hamb. Staatsrent.	—	—	Bonner 3 St.-Anl.	88,20	88,10
do. amort. 1900	103,10	103,00	do. do. 3½	98,00	97,10
do. do. 98/99	98,50	98,25	Crefld. 1900 unv. 05	101,90	101,80
do. Staats-A. 1902	98,20	—	Dortmund. St.-Anl.	97,70	97,70
Meckl. Eb.-Schuldv.	—	—	Düsseldorf 1888	97,60	97,60
do. cons. 90/94	98,80	98,80	Elberfelder St. 1899	101,00	101,00
Oldenbg. St.-Anl.	—	—	do. 1889	—	98,75
Sachs. Mein.-Ldcr.	—	—	Essener Stadt-Anl.	101,70	101,90
Sächs. Anleihe	—	—	Hannov. St.-A. 95	98,75	97,70
Brandbg. Pr.-Anl.	—	—	Hildesh. St.-Anl.	—	—
Cassler Landesm.	—	—	Kölner St.-A. v. 98	97,20	97,40
Han. Pr. VII. VIII.	—	—	do. do. 1900	101,30	101,30
Ostpr. 4 Prov.-Obl.	104,00	104,10	Mülh.-Rh. A. 3½	—	—
do. do. 3½	97,00	98,10			

Ausländische Fonds.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Bulg. St.-Anl. 92	—	—	Bucarestr Anl. 84	98,90	—
do. do. m.	103,00	103,40	do. do. 88	98,00	98,25
Chin. Anl. v. 1895	103,7?	—	do. do. 95	97,00	97,40
do. von 1896	101,70	101,70	do. do. 98	98,70	98,40
Chines. Anl. 1898	97,75	97,75	Bu. Air. St.-A. 100 L.	98,90	98,80
Griech. Anl. 81/84	53,80	53,90	Maild. 45 Lire-L.	94,00	95,00
do. cons. Goldr.	53,00	53,00	do. 10 Lire-L.	10,00	28,50
do. unif. III			Moskauer St.-Anl.	—	—
do. III Spec.			Wiener Comm.-A.	—	—
Serb. am. Anl. 1895	85,90	85,50	Wiener Invest.-Anl.	100,30	100,25
Barletta-Loose	28,90	28,80			

Rentenbriefe.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Hannoversche 4	—	—	Preussische 3½	97,00	97,00
do. 3½	98,00	97,90	Sächsische	—	103,40
Hessen-Nassau 4	—	102,00	Schleswig-Holst. 4	103,40	103,40
do. 3½	—	—	do. do. 3½	98,00	98,00
Preussische 4	103,30	103,40			

Bankaktien.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Barmer Bankverein	151,40	152,00	Märkische Bank	120,20	122,25
do. Creditbank	116,60	116,65	Meckl. Bank 40%	138,00	138,00
Bayerische Bank	96,50	96,50	do. Hypoth.-Bank	203,00	203,25
Berg.-Märk. Bank	161,00	160,60	Meining. do. 90%	160,00	162,40
Berliner Bank	172,90	172,50	Mitteld. Bodencr.	96,25	96,00
do. Hypoth.-B. A.	124,00	124,60	do. Creditbank	125,75	125,60
do. do. B.	144,50	144,25	Mülheimer Bank	112,00	112,00
Braunschw. Bank u. Kredit-Anst.	—	118,60	Nordd. Credit-Akt.	123,40	123,10
do. Hypothekb.	165,60	—	do. Grundcrd.-B.	110,00	110,00
Bresl. Disc.-B. abg.	122,75	122,75	Old. Spar- u. Leihb.	—	—
Dessauer Landesb.	114,60	114,40	Pfälzische Bank	161,60	161,60
Deutsche Effect.-B.	113,75	113,60	do. Hyp.-Bk.	196,00	198,00
do. Hyp.-Bk. 100%	161,40	161,40	Preuss. Bod.-Cr.-A.	167,00	168,75
Dtsch.-Holl. B.	—	—	do. Hyp.-Act.-B.	135,80	135,80
Elberfeld. Bankv.	112,90	112,60	do. Pfandbr.-Bk.	146,60	146,60
Essener Bankverein	157,90	158,00	Reichsb.-Anth.	160,80	160,90
Gothaer Grundcr.	163,40	163,00	Rheinische Bank	118,75	118,60
do. Privatbank	138,25	138,00	Rhein.-W. Disc.-G.	138,00	138,00
Hamb. Hyp.-Bk.	187,40	187,90	Sächsische Bank	154,40	154,60
do. Wechslerb.	92,75	92,75	Schwarzb. Hyp.-B.	120,65	120,65
Hildesheimer Bank	—	—	do. Landb. 40%	124,75	124,75
Landbank	135,90	135,80	Solinger Bank	126,50	127,00
			Westf. Bdr.-Anst.	147,00	146,80

Industrieaktien.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Düsseld. Adler	99,00	99,25	Grevenbr. Masch.	86,25	86,25
Düsseld. Hötel	176,00	175,75	Harburg-Wien G.	278,00	276,00
Schlegel Bochum	168,60	168,60	Harkort Bergw. St.-P.	187,30	187,40
Schwabenbräu	184,00	183,00	Hedwigshütte	203,75	205,40
Wickl. Küpp.	233,50	235,75	Heinrichshall Ch.	207,10	206,00
Accumulat.-Fb.	220,75	251,50	Hemmoor Cement	146,50	145,50
do. Boese & Co.	89,00	88,80	Höxter Cement	81,75	81,00
A.-G. f. Montan-Ind.	131,25	132,30	Kaliwerk Aschersl.	176,00	173,25
Adler, Cem. conv.	164,60	163,00	Kirchner & Co.	262,25	268,00
Allg. Berl. Omnib.	252,50	251,60	Kölsch Walzeng.	168,25	168,00
Alsen Portl.-Cm.	263,75	262,00	Königin Mar. V.-A.	90,00	88,50
Alumin. Industrie	346,75	344,75	Lapp. Tiefbohrg.	234,75	232,25
Anhalt. Kohlen	123,00	123,00	Leopoldshall	82,50	81,50
do. Vorz.-A.	117,25	117,25	do. 5% Pr.-Act.	119,50	118,50
Annaburg Steingut	202,60	202,60	L. Löwe & Co. A.-G.	267,75	267,75
Annener Guss. cv.	98,80	98,00	Lothringer Eisen	44,25	43,00
Aplerbeck Bgb.	187,00	189,10	Loth. Eis. 6% Pr.-A.	98,50	97,40
Arenberg Bergbau	743,00	743,00	Lübecker Masch.	209,25	209,25
Arnsdorfer Papier	119,75	119,75	Lüneburg. Wachsbl.	111,60	112,00
Bedburg Wollw.	61,00	61,50	Märkische Maschf.	106,00	106,80
Bendix Holzbearb.	161,60	161,25	Marie cs. Bergwerk	117,00	117,00
Brg. Märk. Ind.-G.	126,00	128,25	Marienhütte Kotzr.	119,50	118,50
Berlin-Anh. Masch.	213,00	214,00	Mechern. Bergwerk	86,60	86,00
Bergmann Elektriz.	318,00	318,75	Meggener Walzw.	186,75	187,00
Berliner Elektr.-W.	200,75	250,30	do. neue	185,00	185,00
Berzelius Bergw.	138,75	137,60	Mülheimer Bergw.	194,00	195,00
Bielef. Masch. Dürk.	411,75	410,75	Oberschl. Kokswk.	161,60	160,75
Braunschw. Kohl.	265,00	268,75	do. Portl.-Cem.	209,00	208,00
do. Pr.-Act.	276,50	275,00	Old. Eisenhütt. cv.	106,00	104,00
Braunschw. Jutesp.	233,25	251,50	Rhein. Anthrac. K.	167,00	166,00
Bremer Wollkm.	264,00	264,00	Rhein. Chamotte	117,25	116,75
Carolina b. Offb.	241,75	241,75	Rh. Möbelst.-Web.	140,80	169,50
Casseler Federstahl	216,50	217,00	do. Westf. Ind.	267,00	264,00
Charlottenhütte	—	—	Riebeck Mont.-W.	216,00	216,75
Chem.-Fabr. Weiler	177,00	176,10	Rolandshütte	131,50	120,40
Chem.-Fabr. Albert	372,60	372,60	Schimischow Cm.	171,50	176,50
Contn. Electr. Nrbg.	78,10	78,00	Schlesf. Schulte	156,00	156,00
Donnersmarckh.	263,25	263,00	Sieg.-Soling. Guss.	134,00	135,00
Düsseld. Drahtind.	88,28	87,00	Stadtberger Hütte	130,20	126,60
do. do. V.-A.	90,25	89,50	Stahl & Nölke	143,00	142,00
do. Waggon	318,00	317,75	Stassfurt. Chem. F.	149,80	148,75
Düsseld. Masch.	118,60	118,60	Stettiner Cham. Akt.	215,00	215,00
Eintr. Braunkohlen	243,00	239,50	Teutonia Misburg	237,10	236,50
Elberfelder Farben	549,00	549,75	Thiederhall	132,25	130,10
Elberfelder Papier	224,50	225,00	Ver. Dampfziegel	151,60	150,00
Elek. Licht u. Kraft	139,60	139,25	Vogt & Wolf	173,00	174,00
Ess. u. St. Uhr.	106,25	106,10	Vorwohler Prt. C.	215,00	214,75
F.-Essen Mannst.	216,60	216,00	Wenderoth, A.-G.	202,00	202,50
do. Vorzug.	218,60	216,60	Weser	129,00	128,25
Flensbg. Schiffbau	165,50	161,00	Westd. Jutesp.	116,25	114,90
J. Frerichs & Co.	153,90	154,50	Westfalia Cement	222,75	222,50
Gasmotor Deutz	113,10	112,60	Westf. Boden-A.-G.	119,50	119,50
Ges. f. elektr. Unt.	148,25	148,25	Wilke, Dampfkraft	122,10	121,75
Gladb. Woll-Ind.	206,00	205,00			

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Anatolische volle	137,50	130,00	Aust. kleine	103,50	103,40
do. 60%	128,80	131,50	do. Erg.-Netz	103,25	103,30
Meridionalbahn	160,00	—	Ital. E.-Obl. st. g.	—	72,10
Mittelmeer	—	—	do. Mittelmeer	—	—
Jura-Simplon	—	—	Portugiesische 1886	68,30	68,30
Eisenb.-Obligat.			Centr. Pacific	—	—
Böhm. Nordb.-G.	—	100,50	do. do.	—	—
Anat. Eisenb.-O.	—	—	Nrth. Pac. Pr. Lien	104,30	103,80

Klein- u. Strassenbahnen.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Aachen. Kleinbahn	143,50	140,80	Boch.-Gelsk. Strb.	142,00	142,00
Allg. Dtsch. Kleinb.	89,50	89,00	Crefelder Strassenb.	179,00	179,50
do. Lok. u. Strassenb.	—	166,75	Westd. Eisenb.-G.	79,60	80,40
Barm.-Elberf. Stb.	—	—			

Gold, Silber, Banknoten.

	26. 5.	28. 5.		26. 5.	28. 5.
Sovereigns pro St.	20,47	20,44	Franz. Bankn. 100fr.	81,35	81,40
20 Fres.-Stücke	16,31	16,30	Holländ. Banknoten	168,90	168,75
Imperials 500 R. Gd.	218,75	216,60	Italienische Noten	81,45	81,45
Amerikan. Noten	4,205	4,21	Norweg. Noten	112,40	—
do. do. kleine	4,2125	4,205	Oesterr. Not. 100 Kr.	85,25	85,30
do. Coup. a. N.-Y.	—	4,2075	Russ. Noten 100 R.	215,85	215,85
Belgische Noten	81,15	81,25	Zoll-Coupons kleine	323,80	—
Engl. Bankn. 1 L.	20,48	20,48			

Wetter-Nachrichten.

28. Mai: Abends 11½ Uhr:

Von einem Depressionsgebiet im Nordwesten aus, das mehrere Kerne aufweist, erstreckt sich eine Zunge niederen Druckes bis nach Zentraleuropa. Diese trennt zwei Hochdruckgebiete im Nordosten und Südwesten von einander. In Deutschland herrscht veränderliches, meist etwas wärmeres Wetter, allenthalben fanden Regenfälle statt; es ist auch eine wesentliche Aenderung des Wetters für die folgenden Tage noch nicht zu erwarten.

Wetter-Prognose.

(Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

30. Mai: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiterer, ziemlich warmes Wetter mit Regen und Gewittern.

31. Mai: Teils heiteres, teils wolkiges Wetter mit einigen Regenschauern und wenig veränderter Temperatur. Stellenweise Gewitter.

Meteorologische Beobachtungen in Münster

am 29. Mai, morgens 7½ Uhr.

Thermometer nach Celsius; 5° Celsius = 4° Reaumur.

+ 12,0. Max. + 20,0. Min. + 12,0.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. G. L. Wittmann in Münster.

Die billigste Kraftquelle für Kranke, Blutarme, Schwache ist Plasmon [illegible], welches dem Blut die wichtigsten Ernährungsbestandteile, Eiweiß — Eisen — Lecithin (Phosphor) in geeignetster Form bietet und billigster Form zuführt. Durch seine bewährten blutbildenden und ernährenden Eigenschaften übertrifft es anerkanntermaßen Eisen- und Kräftigungsmittel und ist in den Apotheken und Drogenhandlungen zu drei Mark das halbe Kilo-Paket erhältlich.



Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für
Herz- und Nervenkranke
Köln 38, Deutscher Ring 15.
[illegible]

Familiennachrichten.

Geboren: 1 Knabe: Landgerichtsrat [illegible], Arnsberg. — [illegible] [illegible], [illegible]. — Albert [illegible], [illegible]. — [illegible] [illegible], Köln. — Ein Mädchen: [illegible] [illegible], Duisburg.

Verlobt: [illegible] [illegible] und [illegible] [illegible], [illegible]. — Anna [illegible] u. [illegible] [illegible], [illegible].

Vermählt: [illegible] [illegible] u. [illegible] [illegible], [illegible]. — [illegible] [illegible] u. [illegible] [illegible], Krefeld. — [illegible] [illegible] u. Maria [illegible], Duisburg. — Dr. jur. [illegible] [illegible] u. [illegible] [illegible], [illegible]. — [illegible] [illegible], Köln, u. [illegible] [illegible], [illegible]. — Albert [illegible] u. Anna [illegible], Köln. — [illegible] [illegible] [illegible], [illegible], und [illegible] [illegible], Köln.

Gestorben: [illegible] [illegible] [illegible], 74 J., Dortmund. — [illegible] [illegible] [illegible], 83 J., [illegible]. — [illegible] [illegible], 77 J., [illegible]. — Gottfried [illegible], 68 J., Duisburg. — Otto [illegible], 73 J., Köln. — Anna [illegible] geb. [illegible], 68 J., Bonn.

Todes-Anzeige.

✝

Die barmherzige Schwester

Edeltrudis

ist gestorben und wird der christlichen Fürbitte empfohlen.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 30. Mai, nachmittags 5½ Uhr vom Marien-Hospitale aus.

Münster, d. 28. Mai 1906.

Von dem nach dem 1. n. M. zum Abbruch kommenden Hause Drubbel Nr. 7 sind gut erhaltene

Fenster, Türen u. zwei große Schaufensterscheiben mit Rahmen und Rolladen

unterhändig zu verkaufen.

Näheres **Stadtbauamt, Zimmer Nr. 76.**

Jagdverpachtung!

Die Jagd der für die Gemeinde **Senden i. W.** bestehenden Jagdgenossenschaft, zur Größe von 3500 Hektar, eingeteilt in 8 Jagdbezirke, soll vom **18. August 1906** ab auf 6 Jahre nach Maßgabe der auf dem Amtsbureau zu Senden ausliegenden Bedingungen öffentlich meistbietend in freier Konkurrenz verpachtet werden.

Verpachtungstermin: **Dienstag, den 12. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr,** in der Knabenschule an der Kirche zu Senden.

Senden, den 30. April 1906.

Der Jagdvorsteher
Bremer.

2748

Parterre-Wohnung,

bestehend aus 8 Zimmern und Küche mit Koch- und Leuchtgas, nebst Garten, zum 1. Oktbr. Kanonengraben 9 zu verm. Preis 1250 Mk. 1511

C. F. Beer, Köln, Moltkestrasse 42 · Telephon [illegible] · Telegr.-Adr.: Vulcanite.

Außer dem rühmlichst bekannten und bewährten **echt Haeusslerschen Holzzement** empfehle **billigen andern Holzzement** — vorzügliches Holzzement-Deckpapier.

Ia Asphalt-Klebemasse · Ia Asphalt-Dachpappen in diversen Stärken, Dachlack, Dachkitt, Goudron, Teer usw. usw. zu billigsten Preisen bei bester Bedienung.

Dacheindeckungen nur durch meine Vertreter! Vertreter gesucht!

2202

Die grösste Auswahl jeder Art

Trauerkleidung

finden Sie bei **H. Hettlage**

Telefon 342 Münster i. W.

Maienfest

ohne Kuchen und Pudding ist öde! Man verwende nur **Reeses 5 ₰-Backpulver** für 1—1½ Pfd. Mehl. Der **Reeses 10 ₰-Spar-Puddingpulver** spart man das Zucker und erhält delikaten Pfingstpudding.

Reeses Vanillinzucker ist beliebter Vanille-Ersatz.

Möbel-Fabrik

Gebr. Husemann

Frauenstr. 9, Telephon 45.

ca. 60 Musterzimmer in jeder Preislage.

Das Lager ist **zimmerweise** geordnet und umfasst Möbel der modernen Richtung angepaßt in **stilgerechter Ausführung**.

Eigene Anfertigung bestem süddeutschen Fabrikat gleichwertige Durchführung — **aber billiger.**

Abteilung für Dekoration: Teppiche, Sofa-Bezüge, Gardinen.

Nach auswärts Franko-Lieferung! · Besichtigung gern gestattet. · Langjährige Garantie!

Katholische Priester

finden die denkbar schönste Gelegenheit zur Erholung auf dem **Schlosse Schellenstein bei Bigge a. d. Ruhr.** Hauskapelle — herrliche Räume — hübscher Park u. daran anstoßend waldreiche Berge mit schönen Spaziergängen. — Pensionspreis bei bester Verpflegung 4—5 Mark.

Inhaber:

Hch. Sommer, Rektor.

2619

Kirchen-, Schul- und Vereinsfahnen,

einfach und kostbar, gemalt und gestickt in allen Ausführungen und Preislagen.

Vereinsabzeichen, Schärpen, Degen u. Degenkoppeln, Stutzhüte, Federbüsche, Tschakos mit u. ohne Federstütze, Schützenhüte mit Bemsb.-Dekoration u. Hahnenfedern, Handschuhe, weiss, Baumwolle und Wachsleder.

Metall-Blumen,

als: Lilien, Rosen, Nelken, Chrysanthemen, sehr effektvoll und äusserst haltbar, zur Ausschmückung von Altären, Statuen etc. 3046

Clemens Swiersen-Diepenbrock, Münster i. W.,

Prämiirt Rom 1888. Kunststickerei, Paramenten und Fahnenfabrik. Prämiirt Köln 1890.

Jos. Weber Nachf.,

Ludgeriplatz 3. **Münster i. W.,** Ludgeriplatz 3.

Möbelfabrik u. Dekorationsgeschäft.

Spezialität:

Massiv eichene Möbel.

Grosses Lager in Teppichen, Gardinen, Portièren, Läufern, Linoleum. 2303

Navahoe Reichspatent No. 136150 Wimmer Bremen.

Cigarren u. Cigaretten ohne Nicotin!

Laut Analysen erster Autoritäten gesammter Nicotingehalt bis auf letzte Spuren entzogen.

Zu haben in allen besseren Cigarrenhandlungen.

PRÜFEN SIE! URTEILEN SIE!

598

Herz-Stiefel

mit dem Herz auf der Sohle

Beste Verarbeitung. Bequeme Passform.

Elegante Façons.

Allein-Verkauf für Münster:

J. Koopmann,

55 Salzstrasse 55.

Telephon 998.

Bad Neuenahr

Hof von Holland

Bevorzügt über Bad Neuenahr und Ahrtal versendet kostenlos der Besitzer *Joh. Hochkoeppler.* 2286

Sturmvogel-Nähmaschinen

nähen, sticken, stopfen alles.

Unerreichte Genauigkeit, spielend leichter Gang, gleichmäßiger Stich.

Motorräder, Fahrräder, Zubehörteile.

Deutsche Fahrradwerke „Sturmvogel"

Gebr. Grüttner, Berlin-Halensee 34.

D. F. S. G. H.

Luhns waescht am besten

2226

Über 100000 im Gebrauch!

Blickensderfer Schreibmaschine

Bestes System, erstklassig, mit sichtbarer Schrift, Tabulator, auswechselbaren Typen und allen letzten Neuerungen. Katalog frei.

Auf Wunsch monatl. Teilzahlung.

Preis 175 und 225 Mk.

Filiale: Berlin, Leipzigerstr. 29 (Ecke Friedrichstr.)

Groyen & Richtmann, Köln.

619

Schuhgeschäft

mit guten, festen Kundschaft soll krankheitshalber verkauft werden; der Ort hat 65000 Einwohner, das Geschäft ist das einzige katholische der Branche a. Platze. Lieferung für kath. Krankenhaus, Waisenhaus, Pensionat 39 Schwestern u. s. w., alle eine gute sichere Bestellte, 3 bis 4 Gesellen werden ständig beschäftigt. Miete des großen Ladens mit schönem Schaufenster, recht schönen gesunden Wohnung an der Hauptstraße der Stadt gelegen 1700 Mk. Offerten über Auskunft sind zu richten unter Chiffre **Steffens 67 Potsdam 3,** postlagernd. 2480

Genehmigt in ganz Preussen.

Wetzlarer Dombau-Geld-Lotterie

Ziehung am 6. u. 7. Juni cr. [illegible] Lose [illegible] Geldgewinne [illegible]

320000 Mk.

Zahlbar ohne Abzug.

Gewinne Mark:

70000
50000
30000
20000
10000
2 à 5000
4 à 2500
6 à 2000
10 à 1000
20 à 500
60 à 200
100 à 100
200 à 50
500 à 20
1100 à 10
6500 à 4

LOSE à 3 M. [illegible]

Porto und Liste [illegible]

A. Molling, Hannover.

In Münster zu haben bei **Aug. Kollef,** Markt 34, **W. Brühmann,** Cig.-Import, Bahnhofstr. **Alb. Serie Wwe.,** Rothenburg 4. 2747

Ein hochfeines, kräftig gebautes kreuzsaitiges

Salon-Piano,

erstklassiges Fabrikat, ist ganz unter Preis mit 10jähriger Garantie zu verkaufen. Näheres

Fr. Riesenbeck, **Wolbeckerstr. 40.**

Notgedrungen

bittet auch in diesem Jahre ehrgeistinnte Herzen um milde Gaben für seine Waisen- und Kommunikantenanstalt. 7746

Pfarrer **Wahl** in **Stralsund.**

4 herrschaftl. Zimmer

mit Balkon, 1. Etage, sehr geeignet für einen Arzt oder einzelne Damen, **Windthorststr.** (direkt am Hauptbahnhof und Promenade, schöne Lage) zu verm. Näh. Engelstr. 13. 1509

Abgeschlossene Etagen-Wohnung,

5 Zimmer, Küche (Kochgas), 2 Mans. und Zubehör auf der Schillerstraße für 590 Mk. sofort od. später zu vermieten. Näh. Bahnhofstr. 51, I. 1509

214. Königlich Preußische Klassenlotterie.

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 28. Mai 1906. Vormittag.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

Verloren gegangen ⅟₁₀ Nr. 201131 C und die ⅟₁₀ Nr. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] 5. Klasse 214. Kgl. Preuß. Klassen-Lotterie. Vor Ankauf wird gewarnt!

214. Königlich Preußische Klassenlotterie.

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 28. Mai 1906. Nachmittag.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

Im Gewinnrade verblieben: [illegible]